

Reichspräsident Friedrich Ebert lobte in einer Rede in Kiel 1922 die Partei in Schleswig-Holstein rückblickend als einen „der besten deutschen Bezirke . . ., nicht nur in ihrem Umfang und ihrer straffen in sich gefestigten Organisation nach, sondern auch nach der ganzen geistigen Einstellung . . .“

Dieses Lob erneuerte Parteivorstandsmitglied Hans Vogel auf dem Bezirksparteitag 1929 in Eutin: „Schleswig-Holstein ist der Stolz der Gesamtpartei.“<sup>1</sup> In dieser Provinz hatten aber auch Nationalsozialisten sehr früh großen Erfolg.

Wer waren die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten der Weimarer Zeit?

Hier wird der Versuch gemacht, Mitgliedschaft, Organisation und Funktionäre sowie – in Teilbereichen – das politische Profil des Bezirksverbandes herauszuarbeiten. Dabei steht die Phase von 1924 bis 1930 im Mittelpunkt, eine Zeit relativer politischer Stabilität und wirtschaftlicher Konjunktur, in der sich – nach der Krisenzeit bis 1923 und vor dem „Abwehrkampf“ gegen die Nationalsozialisten – erkennbare organisatorische, personelle und politische Strukturen verfestigen konnten.

Am 9. November 1924 versammelten sich morgens um 10 Uhr vor dem Kieler Gewerkschaftshaus Mitglieder aus SPD und Gewerkschaften, Jungsozialisten und Arbeiterjugend „zu vielen Hunderten“. Sie marschierten zu einer Gedächtnisfeier zum Friedhof Eichhof, um der Opfer der Novemberrevolution in Kiel von 1918 zu gedenken. An den Gräbern sang ein Arbeiter-

## Jens-Christian Jacobsen „Der Stolz der Gesamtpartei?“

Die SPD Schleswig-Holstein 1918–1933

### I. Vorbemerkung

### II. Revolution und Republik

Neumünster. Neumünster.  
Am Mittwoch, d. 5. November,  
abends 8 Uhr: 20717

# Revolutionenfeier

im Zivoli  
bestehend in  
Konzert, Gesangsvorträgen, lebend.  
Bildern, Rezitationen. Festredner:  
Genosse Billiau-Kiel.

Zahlreiche Beteiligung der Arbeiterchaft  
zur Bezeugung dieser würdigen Feier erwartet  
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Zahlreiche Ortsverbände veranstalteten Revolutionsfeiern zum Gedenken an die Novemberrevolution 1918, die von Kiel ihren Ausgang nahm (aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, Nov. 1919).

<sup>1</sup> Zit. nach Franz Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein. Ein geschichtlicher Überblick, Kiel 1963, Vorwort u. S. 94



*Maifeier 1919 auf der Krusenkoppel in Kiel*

*Obwohl der 1. Mai noch kein gesetzlicher Ruhetag war, wurde er von der Arbeiterbewegung feierlich begangen. Auf dem Bild ist die erste Maifeier nach der Revolution in Kiel zu sehen. An jenem Tage ruhte der Betrieb vollständig in den Betrieben, auch auf den Hafendampfern, den Straßenbahnen und in den Gaststätten, um den dort Beschäftigten Gelegenheit zur Teilnahme an den Feiern zu geben. Vom Polizeipräsidentium wehte sogar die rote Fahne über der Staatsflagge. Auf der Zentralveranstaltung auf der Krusenkoppel sprach Gustav Garbe, der während der Revolutionsereignisse Vorsitzender des Arbeiterrats in Kiel gewesen war – RS. (Foto: Stadtarchiv Kiel)*

chor, der Sozialdemokrat Adolf Wilhelm hielt eine Ansprache. Die Revolutionsfeier wurde am Abend im überfüllten Gewerkschaftshaus mit Liederdarbietungen, Rezitationen, Sprechchor und einer Rede von Eduard Adler fortgesetzt.<sup>2</sup>

Ähnliche Revolutionsfeiern fanden in der Zeit der Weimarer Republik in der ganzen Provinz statt. Sie hatten neben den Maifeiern, Verfassungsfeiern, Fahnenweihen und anderen Veranstaltungen einen festen Platz im Parteileben, aber keinen herausragenden. Die Sozialdemokratie hat sich also durchaus zur Revolution bekannt, wenn auch ohne Überschwang.

Zu groß war die Enttäuschung in der Anhängerschaft über die Ergebnisse der Revolution. Die euphorische Stimmung der Novembertage 1918 war bald der Ernüchterung gewichen.<sup>3</sup> Hoffnungen auf einen durchgreifenden Wandel (Sozialisierung, Ablösung der Repräsentanten des Obrigkeitsstaates in Militär, Justiz und Bürokratie) erfüllten sich nicht. Die Maßnahmen des Rates der Volksbeauftragten brachten zwar historische Fortschritte, wie z. B. das allgemeine Frauenwahlrecht, den Achtstundentag, die volle Anerkennung der Gewerkschaften, blieben aber hinter den Erwartungen zurück. Das demokratische Potential der anfangs überwiegend sozialdemokratisch orientierten Rätebewegung wurde zur Durchsetzung grundlegender Änderungen in Wirtschaft, Verwaltung und Militär nicht genutzt. Zur Vermeidung von Hunger und Chaos am Ende des Krieges hielt die SPD die Mitarbeit der alten Staatsbürokratie und des Offizierskorps für notwendig. Seit Dezem-

<sup>2</sup> SHVZ 7. 11. 1924 und 10. 11. 1924

<sup>3</sup> Für Schleswig-Holstein: Dirk Dähnhardt, *Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19*, Neumünster 1978, Rolf Schulte, *Revolution in der Provinz: Eckernförde 1918/19*, in: DG, 2 (1987), S. 93–114; Hans-Heinz Brandt, *Der Freiheit eine Gasse – Erste demokratische Anfänge 1918 bis 1921 im Landkreis Oldenburg in Holstein*, in: DG, 2 (1987), S. 117–161

# An die Soldaten und Zivilbevölkerung Lübecks!

Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen! Die Macht ist in unser Hand! Hört auf uns! Sammelt euch um eure erwählten Führer.

**Keine Unbesonnenheit, Ruhe und eiserne Nerven** sind das Gebot der Stunde. Zeigt, daß ihr Männer seid, folgt unsern Sicherheitsordnern.

## Raubt und plündert nicht,

es ist eurer **unwürdig** und gereicht euch nicht zur Ehre. Zum Ziele führt dieses nicht. Zur Unterdrückung dieser Bewegung sind Kameraden nach Lübeck entsandt, sie werden sich uns anschließen. Alle Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften sind auf unserer Seite und billigen unser Handeln. Wir sind unserem Ziele nahe. Möge jeder von euch das nötige Interesse für die gute Sache der Soldaten und des arbeitenden Volkes zeigen.

**Nochmals Manneszucht und Besonnenheit.**

**Der Soldatenrat Lübecks.**

Lübeck, den 6. November 1918.

Plakat des Soldatenrats Lübeck vom 6. 11. 1918.

Die Rätebewegung war vorwiegend sozialdemokratisch orientiert und traf von sich aus Maßnahmen gegen ein möglicherweise drohendes „Chaos“ (siehe Plakat). Die SPD-Leitung arbeitete trotzdem mehr mit den alten Kräften des Kaiserreichs als mit dieser Bewegung zusammen – RS.

ber 1918 durch Gegenaktionen „von links“ verunsichert, suchte man verstärkt Halt bei den Mächten des alten Systems, was die vorübergehende Zusammenarbeit von SPD und USPD wieder beendete.<sup>4</sup> Wie wenig Verlaß auf das Militär war, mußte die Arbeiterschaft erleben, als Teile der Reichswehr sich am reaktionären Kapp-Putsch (1920) beteiligten und der andere Teil gegen den Putsch nicht einschritt. die Verteidigung der Republik blieb den Werkträgern und ihren Organisationen überlassen, die durch einen Generalstreik gegen die Putschisten erfolgreich waren.<sup>5</sup> Antirepublikanisch eingestellte Reichswehreinheiten wurden dann sogar gegen revoltierende Arbeiter im Ruhrgebiet eingesetzt, die nach dem offiziellen Abbruch des Generalstreiks ihre Aktionen noch nicht beenden wollten. Weitere Enttäuschungen bildeten die inflationäre Entwicklung 1922/23, die verbunden war mit rapiden Einkommensverlusten und dem zum Teil erfolgreichen Versuch der Unternehmer, sozialpolitische Fortschritte wie den Achtstun-

<sup>4</sup> Nach den Wahlen zur Nationalversammlung bildete die SPD mit Zentrum und DDP die „Weimarer Koalition“ (Febr. 1919 bis Juni 1920 und Mai 1921 bis Nov. 1922). Eine „Große Koalition“ dieser Parteien mit der DVP gab es vom Aug. bis Nov. 1923; mit der DVP und BVP vom Juni 1928 bis März 1930. (Vgl. Anm. 83).

<sup>5</sup> Für Schleswig-Holstein: Rainer Paetau, Märzstürme über Kiel. Sozialisten, Kapp-Putschisten und die Weimarer Republik von 1920, in: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jhd. hrsg. v. R. Paetau/H. Rüdell, Neumünster 1987, S. 311–364; Christian M. Sörensen, Generalstreik in Husum im März 1920. Aus den aufsehenerregenden Tagen des Kapp-Lüttwitz-Putsches, in: ZEW, (1977), S. 49–63. (Vgl. auch Anm. 50).



Revolutionäre Matrosen auf ihrem Schiff, angeblich am 5. 11. 1918

Die aufständische Besatzung gibt sich hier einen durchweg revolutionären Anstrich, angedeutet durch Mimik, das demonstrative Vorzeigen von Gewehren und die Schilder rechts und links der Gruppe. Von einer Revolution konnten die Matrosen am 5. 11. 1918 aber noch nicht ausgehen – ein Hinweis dafür, daß das Foto erst später „gestellt“ aufgenommen wurde.

Die Aufnahme wird daher in ihrer Aussage dem tatsächlichen Verhalten der Matrosen während der Revolution nicht gerecht. Das folgende Plakat spiegelt viel eher die Ziele der Arbeiter- und Soldatenräte in Schleswig-Holstein während der Revolution wider – RS. (Foto: E. Schmidt/Essen)

dentag und das Betriebsrätegesetz wieder rückgängig zu machen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß es in Teilen der Arbeiterschaft zu Resignation oder Radikalisierung kam. Die Sozialdemokratie hielt an der von ihr errichteten Republik mit ihren demokratischen Institutionen fest. Sie tat dies in der Zuversicht, ein „Sprungbrett geschaffen“ zu haben – so Eduard Adler auf der Revolutionsfeier 1924 – von dem aus man weiter vorwärtsschreiten könne zur „sozialistischen Republik“.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> SHVZ v. 10.11.1924.

Tab. 1 – Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein<sup>7</sup>

	Mitglieder insgesamt	davon Frauen
1914	ca. 550	
1. 11. 1918	ca. 36 000	
1. 04. 1919	ca. 82 064	21 053
1. 04. 1920	78 238	16 860
31. 12. 1923	53 368	–
31. 12. 1925	43 795	11 066
31. 12. 1926	46 736	12 644
31. 12. 1927	49 338	13 667
31. 12. 1928	51 755	14 223
31. 12. 1929	55 278	15 217
31. 12. 1930	55 193	15 415
31. 12. 1931	54 273	15 505
31. 03. 1932	53 938	15 504

Bedingt durch den Ersten Weltkrieg war die Mitgliederzahl kurz vor Ausbruch der Revolution auf ca. 36 000 abgesunken. Dann erfaßte die Partei von der Phase der Aufbruchstimmung nach der Gründung der Republik ein gewaltiger Mitgliederzustrom. Innerhalb eines knappen halben Jahres (Nov. 1918 – April 1919) gab es mehr als eine Verdoppelung. Das Mißverhältnis von hohen Erwartungen und politischen und sozialen Enttäuschungen der folgenden Jahre, insbesondere in der Inflationszeit, spiegelt sich in einer annähernden Halbierung bis 1925. Der Verlust der sieben Nordschleswiger Ortsvereine mit 1296 Mitgliedern nach der Abstimmung 1920 war hier nur ein unbedeutender Faktor. Der Zuwachs durch die „Wiedervereinigung“ mit der USPD 1922 konnte den Rückgang nur wenig mildern. Erst 1925 ebnete der Massenaustritt allmählich ab. Die folgenden Jahre zeigen starke Zuwächse, so daß Ende 1929 der Vorkriegsstand wieder erreicht war. In dieser Zeit konnte der Bezirksverband den positiven Trend auf Reichsebene noch übertreffen. So entfielen 1926 vom Zuwachs der Gesamtpartei um 17 000 allein rund 3000 auf Schleswig-Holstein, ähnlich sah es 1929 aus. Und das, obwohl die Zwanziger Jahre in Schleswig-Holstein wegen der Werftenkrise 1926/27 nicht durchweg „golden“ waren. Die größten Erfolge wurden in Werbewochen erzielt. Die „Rote Woche“ vom 12. bis 19. Oktober 1929 brachte durch „Hausagitation“ 2263 neue Mitglieder.<sup>8</sup>

Trotz Weltwirtschaftskrise und der unpopulären „Tolerierungspolitik“ konnte man 1930 den hohen Organisationsgrad erhalten, erst 1931 setzte ein leichter Rückgang ein. Auf dem Bezirksparteitag im April 1932 stellte Willy Verdieck fest, daß bei der Relation von Parteimitgliedern zu Einwohnern der Bezirksverband (3,52 %) in der Gesamtpartei (1,66 %) hinter Hamburg den zweiten Platz belegte. Das Ergebnis ist insofern beachtenswert, als nach der Zählung von 1925 die soziale Gliederung Schleswig-Holsteins dem Reichsdurchschnitt in etwa entsprach.<sup>9</sup>

Mit dem hohen Organisationsgrad korrelierten Reichstagswahlergebnisse, die zumeist 4 bis 5 % über dem Reichsergebnis

### III. Die Mitglieder

<sup>7</sup> Zusammengestellt nach: SHVZ 30.12.1918; AdSD, Abt. III, Nr. 43, Bericht v.d. Verhandlungen des Bezirkstages der SPD für Schleswig-Holstein und Provinz Lübeck am 13./14. Juli 1919 in Kiel; AdSD, Abt. III, Nr. 5, Bezirksverband Schleswig-Holstein der SPD, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. Dez. 1926 sowie Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Jan. 1927 bis 31. Dez. 1928; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, Berlin 1931; Landesarchiv Schleswig (LAS), Abt. 384 I, Nr. 17, Mitteilungsblatt der SPD, Bezirk Schleswig-Holstein, Nr. 5/1932.

<sup>8</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 16, Mitteilungsblatt der SPD, Bezirk Schleswig-Holstein Nr. 11/1929.

<sup>9</sup> Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–28), Neumünster, 1982, S. 29.

der Partei lagen.<sup>10</sup> Beides könnte durch das Fehlen einer nennenswerten Anzahl von katholisch gebundenen Arbeitern bedingt sein, die andernorts zum Teil dem Zentrum zuneigten. Denkbar ist natürlich auch, daß ein leistungsfähiger Bezirksverband sich diese Ergebnisse zuschreiben konnte.

Die Mitgliedschaft war allerdings sehr ungleichmäßig im Lande verteilt. Die Sozialdemokratie hatte ihre Hochburgen in den größeren Städten mit ihren Arbeiterbezirken.

Tab. 2 – Mitgliederstärkste Ortsvereine der SPD in Schleswig-Holstein am 31. 12. 1928<sup>11</sup>

Altona	13 757	Billstedt	862
Kiel	11 785	Groß-Rendsburg	819
Wandsbek	2 220	Schwartau	654
Neumünster	1 978	Sande	651
Flensburg	1 723	Schleswig	572
Elmshorn	1 071	Brunsbüttelkoog	542
Itzehoe	1 050	Lockstedt	502
		Preetz	458

Von den 51 755 Mitgliedern (31. 12. 1928) gehörten allein die Hälfte den Großorganisationen Kiel und Altona an. Auch im Einzugsgebiet der großen Orte gab es zahlreiche und starke Ortsvereine, wie etwa im Hamburger Umland oder in der Umgebung von Kiel (Preetz 485, Elmschenhagen 359, Kopperpahl 134, Heikendorf 110, Klausdorf/Schw. 99). Wichtige Schwerpunkte der Partei befanden sich – entsprechend der Industriestruktur des Landes – an der Peripherie: in Flensburg, Kiel, Lübecker Umgebung, Altona, Wandsbek und den übrigen Orten des Hamburger Umlandes. Die Zahl von 208 Ortsvereinen (1928) zeigt aber schon, daß es auch auf Dörfern Sozialdemokraten gab, allerdings mit größeren Lücken im Organisationsnetz, besonders in Teilen der Westküste und der Geest. Das Reichsbanner mit 167 Ortsgruppen (1929)<sup>12</sup> stand der Partei nicht viel nach, ein Zeichen, daß es auch auf dem Lande – häufig gegen massive Anfeindungen – das Bekenntnis zur Republik gab. Die Arbeiterwohlfahrt (vgl. Tab. 9) war mit 89 Ortsausschüssen zum Teil noch auf den Dörfern vertreten. In jedem Fall aber brauchten die ländlichen Gebiete Unterstützung aus den Städten, in denen die Organisationen der Partei und der übrigen Arbeiterbewegung zumeist in großer Vielfalt vorhanden waren: fast nur in Städten gab es die 38 Gruppen der SAJ (1932) oder die 47 Kinderfreundegruppen (1931)<sup>13</sup>. Schon Kleinstädte wie Glückstadt<sup>14</sup> und Nortorf<sup>15</sup> oder stadtnahe Arbeitergemeinden wie Tungendorf<sup>16</sup> bei Neumünster konnten eine recht vielseitige Arbeiterbewegung aufweisen: neben den SPD-Gliederungen gab es Arbeitersport, Arbeitergesangverein, Konsumverein, Reichsbanner, Arbeiterradfahrer, Arbeitersamariter, Gewerkschaften und andere. Noch differenzierter war das Organisationsleben in den größeren Städten. So konnten sich Arbeiter in Schleswig den Arbeiterseglern, in

## Räumliche Verteilung der Mitglieder

<sup>10</sup> R. Rietzler (wie Anm. 9), S. 107.

<sup>11</sup> Nach: Tätigkeitsbericht 1927/28 (wie Anm. 7). Zum Ortsverein „Groß-Rendsburg“ gehörten neben Rendsburg noch Büdelsdorf, Fockbek, Osterrönfeld, Westerrönfeld und Nübbel.

<sup>12</sup> Handbuch der Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1929.

<sup>13</sup> Vgl. Anm. 101 und 106.

<sup>14</sup> Wilhelm Schinkel, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Glückstadts und Umgebung, 1865–1933. Erinnerungen eines alten Sozialdemokraten, Glückstadt 1953.

<sup>15</sup> Verschiedene Beiträge in: Vergessen und Verdrängt. Eine andere Heimatgeschichte. Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde, hrsg. v. K. Hamer, K.-W. Schunck u. R. Schwarz, Eckernförde 1984.

<sup>16</sup> LAS. Abt. 384 I. Nr. 3–11, 14. Vgl. zum folgenden FLVZ 2. 8. 1932, 10. 10. 1932; SHVZ 23. 9. 1920.

# An die republikanische Bevölkerung Kiels

## Mitbürger!

Zum fünften Male wird sich am 11. August der Tag wiederholen, an welchem in der Goethehalle Weimar die republikanische Verfassung des Deutschen Reiches beschlossen wurde. Dieser historische Tag muß in diesem Jahre ebenso feierlich wie würdig begangen werden. An der Spitze der feiernden und zur republikanischen Staatsverfassung sich bekennenden Deutschen wird das

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

marschieren. Die Seuleitung Schleswig-Holstein dieses Bundes plant für **Samstag, den 10. August**, eine nachfolgende

## Verfassungsdemonstration in Kiel

zu der wir schon heute alle republikanischen Volksgenossen ebenso herzlich wie dringend einladen.

Aus dem noch zu veröffentlichenden Programm wird sich ergeben, daß alle republikanischen Behörden und republikanischen Organisationen sich hinter diese Organisation stellen und alles aufbieten werden, um den 10. August zu einer republikanischen Herrschaft von tiefstem Einbruch zu gestalten.

Sollen wir es für selbstverständlich, daß an dieser Kundgebung alle Volksgenossen teilnehmen, die der ehrliche Wille beiseit, der deutschen Republik zu dienen, so erscheint es uns andererseits nicht minder selbstverständlich, daß

## Kiel am 10. August in schwarz-rot-goldenem Schmuck prangen

muß. Haben diejenigen, die sich in ihren Organisationen ganz offen als Feinde der Republik bekennen, ihren bekannten provokativen Logos ein bewußt schwarz-weiß-rotes Gepräge gegeben, haben sie überall die schwarz-rot-goldenen Ehrenfarben der Republik gelehrt und verfaßt, so müssen die Republikaner am Gedächtnistage der republikanischen Verfassung stolz und feierlich das schwarz-rot-goldene Panier im Winde flattern lassen. Jede Straße, die der republikanische Massenversammlung passiert, jedes Haus, jede Wohnung, in welchem Republikaner wohnen, muß am 10. August in Schwarz-Rot-Gold prangen!

Republikaner! Bekundet durch einmütige Befolgung dieser Parole eure Liebe zur deutschen Republik, euren festen Willen, den neuen deutschen Volksstaat und seine republikanische Verfassung reichhaltig zu verleiden.

## Heraus mit den Farben Schwarz-Rot-Gold!

Neumünster dem Arbeiterradiobund oder in Kiel dem Arbeiter-Schachverein anschließen.

Die SPD ist in der Weimarer Zeit weitgehend eine Arbeiterpartei geblieben, hat den Wandel „von der proletarischen Klassen- in eine linke Volkspartei“ nicht vollzogen.<sup>17</sup> Dies gilt anscheinend auch für Schleswig-Holstein, insbesondere für das durch die großen Werftbetriebe und ihre Zulieferer geprägte Kiel.

Tab. 3 – Berufszugehörigkeit d. männl. SPD-Mitglieder<sup>18</sup>

Berufe	Bremen	Hannover	Kiel	Reich
	1926	1926	1927	1926
Handarbeiter	71,84 %	83,66 %	88,41 %	73,14 %
Kopfarbeiter	11,65 %	8,86 %	9,27 %	11,03 %
Freie Berufe	4,08 %	1,25 %		2,04 %
Selbst.Gewerbetr.	4,91 %	4,39 %	1,76 %	4,62 %
Ohne Angabe	7,52 %	1,84 %	0,56 %	9,17 %

Bemühungen um die anderen Lohnempfängergruppen, die Beamten und Angestellten, hatte es nach der Revolution durchaus gegeben. Die „AG der Angestellten u. Beamten“ hatte von 1919–22 einen festen Vertreter (Dr. Rittweger, Gehrt Rickers)

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ wurde im Mai 1924 zum Schutz der Republik gegründet. Sozialdemokraten stellten die große Masse ihrer Mitglieder (aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 23. 07. 1924).

## Mitgliederstruktur

<sup>17</sup> Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/Bonn 1985, S. 13; ders., Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 346–348; ders., Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn 1987, S. 587.

<sup>18</sup> Zahlen für die Kieler SPD aus: AdSD, Abt. III, Nr. 9, SPD Groß-Kiel, Geschäftsbericht über das Jahr 1927; die übrigen Zahlen aus: H. A. Winkler, Der Schein der Normalität (wie Anm. 17), S. 346f.

Die SPD blieb während der Weimarer Zeit weitgehend eine Arbeiterpartei. Der Kern der Mitgliedschaft waren gelernte Arbeiter in Industrie und Handwerksbetrieben. Die Kieler SPD bestand zu fast 90 % aus Arbeitern; allein rund 2000 Metallarbeiter wurden 1927 gezählt.

Auf dem Foto: Arbeiter und Vorgesetzte vor einem Hochofen in Lübeck-Herrenwyk. (Lübeck gehörte während der Weimarer Zeit als Freie Hansestadt noch nicht zu Schleswig-Holstein; die Lübecker SPD war Teil des Bezirks Mecklenburg/Lübeck.)



im Bezirksvorstand; 1920 gab es Arbeitsgemeinschaften in Kiel, Altona, Neumünster, Schleswig und Itzehoe.<sup>19</sup> Besonders bei den Beamten waren die Erfolge gering, was auf dem Bezirkstag 1925 ausdrücklich beklagt wurde. Allenfalls die Angestellten fielen in der Partei zahlenmäßig ins Gewicht (1930 auf Reichsebene 10 %). In beiden Berufsgruppen überwog das Bedürfnis, sich von den Handarbeitern abzugrenzen und ein besonderes Standesbewußtsein zu betonen. Das Ziel von SPD und Freien Gewerkschaften, die Rechte der drei Arbeitnehmergruppen anzugleichen und ein einheitliches Klassenbewußtsein zu schaffen, fand wenig Anklang.<sup>21</sup>

Unter den „Handarbeitern“ dominierten vermutlich auch in Schleswig-Holstein die Facharbeiter.<sup>21</sup> In der Regel waren sie gewerkschaftlich organisiert. Handwerkerstolz und politische Einstellung dieser Sozialdemokraten schildert Julius Bredenbeck mit einer Anekdote über den späteren Kieler Parteisekretär Otto Engel, der bei der Tischlerei Friese (Innenausstattungen für Luxusjachten) Arbeit suchte. Er stellte sich beim Meister (Sozialdemokrat) vor und wurde gefragt:

„Bist du in der Gewerkschaft?“ „Ja, Holzarbeiterverband.“ „Bist du politisch organisiert?“ „Ja, Arbeiterjugend und SPD.“ „Liest du die Volkszeitung?“ „Ja, die lese ich bei Bredenbecks, wo ich öfter mal Abendbrot kriege, ich bin ja arbeitslos.“ „Kannst du polieren?“ „Na selbstverständlich, ich bin doch gelernter Tischler.“ „Du kannst nicht polieren, weil du noch nicht bei Friese gearbeitet hast. Das mußst du bei uns erst lernen.“

Die SPD war nicht nur eine Facharbeiter-, sie war auch eine Partei, in der sich viele *Landarbeiter* organisierten, jedenfalls regional oder lokal. Zwar wurde die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, die Agitationsschrift für die Landbevölkerung, nach der Inflation 1923 nicht mehr gedruckt, weil man sich ganz auf den Vertrieb der „Volkszeitung“ konzentrieren wollte; die meisten Stimmen für die SPD kamen eben aus den großen Stadtregionen. Und manche Sozialdemokraten der Industrie-

<sup>19</sup> SHVZ 9. 11. 1920.

<sup>20</sup> H. A. Winkler, *Der Schein der Normalität* (wie Anm. 17), S. 384–389

<sup>21</sup> H. A. Winkler, *Der Weg in die Katastrophe* (wie Anm. 17), S. 585 f., gibt Zahlen für Unterfranken an (1925): 52 % Handwerks- bzw. Facharbeiterberufe; 18 % Ungelernte bzw. Hilfsarbeiter. Der Anteil der Ungelernten (Reichsebene) war in der KPD höher (1927: 28 %) Vgl. H. A. Winkler, *Der Schein der Normalität* (wie Anm. 17), S. 446.



städte haben wohl die politische Arbeit auf dem Lande unterschätzt. Aber gerade die Diskussionen über Landarbeiter und Landagitation, etwa auf den Bezirksparteitagen 1925 und 1927 oder auf Konferenzen im 1. Unterbezirk 1929<sup>22</sup> zeigen, daß es in den Unterbezirken starke Bemühungen in diese Richtung gab.

Besonders im östlichen Landesteil mit den großen Gütern haben Landarbeiter wohl eine ganze Reihe von Ortsvereinen geprägt.<sup>23</sup> Eine Gründungsveranstaltung in Rabel (Angeln) z. B. besuchten vor allem Landarbeiter, und neben dem Parteisekretär Paul Dölz referierte der Kreisleiter der Landarbeitergewerkschaft (DLV), Anton Peters.<sup>24</sup>

Der mit der SPD politisch und personell eng verflochtene DLV spielte so eine Art „Zutreiberrolle“ für die Partei. Die Funktionäre kamen zwar in der Regel nicht selbst aus der Landarbeiterschaft, hatten aber in Gewerkschaften anderer Sparten Erfahrungen gesammelt<sup>25</sup> und waren offenbar sehr qualifiziert für ihre Arbeit: Karl Panitzki z. B., Landtagsvizepräsident 1946–50, genoß wegen seiner Erfolge bei den Landarbeitern die Wertschätzung des preußischen Innenministers Carl Severing, der ihn zum Landrat machen wollte. Wo der DLV nicht vertreten war, übernahm die Partei Beratungs- und Betreuungsaufgaben, so z. B. im Husum-Eiderstedter Gebiet der Unterbezirkssekretär Paul Dölz.<sup>26</sup> Dazu geeignet waren sicher auch die jeweils ein bis zwei Landarbeiter, die den SPD-Kreistagsfraktionen landwirtschaftlich geprägter Regionen angehörten.<sup>27</sup>

Der Einsatz für die Landarbeiter verstärkte das Mißtrauen der Bauern gegenüber den Sozialdemokraten, in denen sie „typische Vertreter der Großstadt – einer ihnen fremden, ja feindlichen Welt erblickten“<sup>28</sup>. Erst 1927 konnte die SPD ein Agrarprogramm präsentieren, das an der Einstellung der Bauern jedoch nichts mehr änderte. Auch zu den übrigen Gruppen der wirtschaftlich Selbständigen war das Verhältnis gespannt. Die Konkurrenz der sozialdemokratischen Konsum- und Bauvereine, die Propagierung des proletarischen Klassenkampfes und die These vom notwendigen Untergang des Kleinbetriebes im Heidelberger Programm von 1925 trugen dazu bei. Im Vergleich zum Görlitzer Programm von 1921 hatte man sich wieder stärker der marxistischen Terminologie angenähert. Man mag das als Rückzug ins Getto der Stammwähler kritisieren, als Abschottung, die das Bündnis mit bürgerlichen Parteien erschwert habe. Allerdings: breite Arbeiterschichten erlebten die Weimarer Republik eben als Klassengesellschaft, in der das Bürgertum die Arbeiterschaft und ihre Organisationen als gleichberechtigte Partner nicht akzeptieren wollte. Die Arbeiterorganisationen boten Selbstwertgefühl und Geborgenheit.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> FLVZ 8. 4. 1929; FLVZ 15. 10. 1929.

<sup>23</sup> Für Schwansen ist das zu schließen aus: Rolf Schulte, Landarbeiter und Großgrundbesitz in der Weimarer Republik am Beispiel des Altkreises Eckerförde, in: DG 1 (1986) S. 161–195. In den Gütern Damp (Schwansen) und Ascheberg (Ostholstein) gab es Kolporteurs der SHVZ (Ortsausschuß Kiel des ADGB, Jahresberichte 1922–1928, Kiel 1929). Die Landarbeiter begrüßten die Bemühungen von SPD und Gewerkschaft, ihre Lebensbedingungen denen der Industriearbeiter anzugleichen.

<sup>24</sup> FLVZ 21. 5. 1930; Landarbeiter dominierten vermutlich auch im Ortsverein Lehbek (Angeln), nahe bei der DLV-Zahlstelle beim Gut Rundhof (FLVZ 15. 5. 1930; SHVZ 19. 1. 1932; FLVZ 31. 3. 1932).

<sup>25</sup> Im Metallarbeiterverband: Ernst Pusch, Rendsburg (Vgl. Tab. 5), Karl Langenbeck, Plön (Vgl. Tab. 5, 7, 8) und Anton Peters, Eckerförde; im Holzarbeiterverband: der gelernte Modelltischler Karl Panitzki, Oldenburg, der von 1912–1925 Gemeindevertreter bzw. Stadtverordneter der SPD in Pries bzw. Kiel war.

<sup>26</sup> FLVZ 8. 4. 1929.

<sup>27</sup> Z. B. die beiden Melker Peter Bernhardt (Koldenbüttel) und Boy Tetens (Kirchsp. Garding) im Kreis Eiderstedt; der Oberschweizer Bernhard Noack (Östergaard) im Kreis Flensburg; Johannes Kühl (Satrup) im Kreis Schleswig (FLVZ 20. 11. 1929); Thomas Mommsen (Sönke-Nissen-Koog) im Kreis Husum; Emil Engelmann (Wesselburen) im Kreis Norderdithmarschen; Posky (Hardebek) und Böttger (Garbek) im Kreis Segeberg u. a.

<sup>28</sup> H. A. Winkler, der Schein der Normalität (Vgl. Anm. 17), S. 384

<sup>29</sup> Vgl. Anm. 14–16.

## IV. Organisation



Unterbezirke der SPD seit 1924

Trotz der schon bestehenden regionalen Ungleichgewichte gab es einen Zug zur Zentralisierung. Die Organisationsschwäche einer Reihe von ländlichen Teilregionen verband sich mit Verlusten an politischer Willensbildung infolge der Wahlrechtsänderung. Statt der zehn „Kreisvereine“, in denen in der Kaiserzeit über die Reichstagskandidaten entschieden wurde, gab es nur noch fünf „Unterbezirke“ (vgl. Karte 1), die auch noch zumeist von den „Hochburgen“ aus betreut wurden (vgl. Tab. 7). Die Entscheidung über die Kandidaten verlagerte sich „nach oben“, auf die Bezirksebene. Dazu kam die Einstellung der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“ (1923/24), der Agitationsschrift für die Landbevölkerung, und die Konzentration auf die „Volkszeitung“.<sup>30</sup>

Diese „zentralisierenden“ Wirkungen stießen auf Gegenbewegungen: eine besondere Zusammensetzung des Bezirksvorstandes (vgl. Tab. 5) und der Kontrollkommission (vgl. Tab. 6), die Bildung von Kreis-Arbeitsgemeinschaften; eine offenbar straffe Organisation und tatkräftige Parteisekretäre; gewerkschaftliche Landarbeitersekretäre als „Zutreiber“ für die SPD.<sup>31</sup>

<sup>30</sup> F. Osterroth (wie Anm. 1), S. 81.

<sup>31</sup> Vgl. Anm. 24.

<sup>32</sup> AdsD, Abt. III, Nr. 43, Verhandlungen des Bezirkstages 1919 (wie Anm. 7), S. 57–60.

## Organisationsgliederung

Die Verbandsorganisation erfuhr nach dem Umbruch 1918/19 wesentliche Änderungen. Auf dem Bezirksparteitag 1919 beschloß die SPD ein neues Organisationsstatut<sup>32</sup>, das in den folgenden Jahren noch weiterentwickelt wurde. Der Bezirksverband war vierstufig organisiert:

Bezirksverband – fünf Unterbezirke – Arbeitsgemeinschaften auf Kreisebene – Ortsvereine. Größere Ortsvereine, wie z. B. Kiel, waren noch in „Distrikte“ und „Bezirke“ untergliedert.

Der Sitz des Bezirksvorstandes wurde – anscheinend vor dem Hintergrund der besonderen Kontrolle Kiels während der Revolution – von Altona nach Kiel verlegt. Es klingt der damalige Zentralismus an, wenn im Statut als erste Aufgabe für den Vorstand formuliert ist, Bindeglied zwischen dem Parteivorstand in Berlin und den Organisationen des Bezirkes zu sein.<sup>33</sup> Ein Großteil der Rundschreiben ging vom Bezirksvorstand in Kiel direkt an die Ortsvereine, z. B. Anweisungen für den Wahlkampf.<sup>34</sup> Dennoch hatten die Unterbezirkssekretäre eine Schlüsselrolle. In der Leitung des Verbandes gab es seit dem Bezirkstag 1924 die in Tab. 4 und 5 genannten Funktionen.

Tab. 4 – Besoldete Sekretäre<sup>35</sup>

1 „besoldeter Vorsitzender“	Willy Verdieck 1921–33
1 Kassierer	Paul Andratschke 1919–33
1 Sekretär f. Kommunalpolitik u. Arbeiterwohlfahrt (seit 1926)	Theodor Werner 1926–33
5 Unterbezirkssekretäre	

Tab. 5 – Bezirksverbandsvorstand

1 „besoldeter Vorsitzender“ <sup>36</sup>	Willy Verdieck 1921–33 (1920/21 Beisitzer)
1 stellv. Vorsitzender	Richard Hansen 1924–33 (1920–24 Beisitzer)
1 Kassierer	Paul Andratschke 1919–33
1 Vertreter der „Volkszeitung“	
2 Frauen	Louise Schroeder 1924–33 (1920/21 Frauensekr.) Toni Jensen 1924–33
7 Beisitzer	
für den 1. Unterbezirk	Paul Dölz, Tönning 1924–33
für den 2. Unterbezirk	Ernst Pusch, Rendsburg 1924–33
für den 3. Unterbezirk	Fritz Hansen, Kiel 1924–ca. 1930 Karl Langebeck, Kiel ca. 1930–1933
für den 4. Unterbezirk	Rudolf Hackelberg, Altona bis ca. 1926 Fritz Hansen, Itzehoe ca. 1930–33
für den 5. Unterbezirk	Louis Biester, Hoisbüttel
für Altona	Paul Bugdahn 1924/25, 1929–33
für Kiel	Otto Eggerstedt 1920–1929 Wilhelm Schweizer 1929–1933

Im Vorstand mußten seit 1924 alle fünf Unterbezirke sowie die Ortsvereine mit über 5000 Mitgliedern (Kiel und Altona) vertreten sein. Hier spiegelten sich Dezentralisierungsansprüche gegenüber den Hochburgen. Trotz dieser Regelung behielten die Sekretäre ein starkes Gewicht: neben Richard Hansen (Stellv.) rückten zumeist zwei bis drei weitere Unterbezirkssekretäre (ständig Paul Dölz, 1. Unterbezirk, und Fritz Hansen, 3. bzw. 4. Unterbezirk) in den Vorstand ein. Für den Kieler Ortsverein gehörte auch der Parteisekretär Otto Eggerstedt

## Bezirksverband

<sup>33</sup> AdsD, Abt. III, Nr. 43, Verhandlungen des Bezirkstages 1919 (wie Anm. 7), S. 58.

<sup>34</sup> Das beweist die Korrespondenz der Ortsvereine Husum und Preetz, in LAS, Abt. 384 I, Nr. 16–18 (Husum 1929–33) und Nr. 1 (Preetz 1931–33).

<sup>35</sup> An weiteren Sekretärsposten hat es zunächst noch den Bildungs- und Jugendsekretär (Adolf Wilhelm) gegeben. Aus dieser Funktion gingen 1921 der Bildungssekretär (Rudolf Hackelberg) und der Jugendsekretär (Wilhelm Kuklinski) hervor. 1920 wurde ein Frauensekretariat (Louise Schroeder) geschaffen. Die Finanznöte der Inflationszeit überdauerte nur das Amt des Jugendsekretärs, das allerdings dem Sekretariat für Kommunalpolitik und AWO (1929) weichen mußte.

<sup>36</sup> Im Januar 1919 hatte Heinrich Kürbis den Bezirksvorsitz niedergelegt. Bis Juli 1919 verwaltete Carl F. Alps aus Itzehoe „provisorisch“ die Sekretariatsgeschäfte. Im Juli 1919 wurde Rudolf Hackelberg zum Bezirkssekretär gewählt und muß irgendwann 1920/21 die Geschäfte an Willy Verdieck übergeben haben, der vom Bezirksparteitag 1921 in seinem Amt bestätigt wurde.

(bis 1928) dazu. Die Parteisekretäre (der „Apparat“) waren aber nicht unter sich. Da war einmal der Vertreter der „Volkszeitung“. Den zweiten Bezirk vertrat ständig der Rendsburger Landarbeitersekretär Ernst Pusch, den fünften Bezirk zumeist der Reichstagsabgeordnete Louis Biester (Hoisbüttel). Der Reichstag war auch durch Louise Schroeder und zeitweilig Otto Eggerstedt vertreten, der Preußische Landtag durch Toni Jensen und Paul Bugdahn (für Altona im Vorstand). Die Sekretäre Willy Verdieck, Richard Hansen und Fritz Hansen gehörten dem Provinziallandtag an. So waren die Voraussetzungen für eine nicht nur verwaltende, sondern „politische“ Vorstandarbeit gegeben.

Ein besonderes Gegengewicht zu den Hochburgen Kiel und Altona bildete die Kontrollkommission. Sie war seit dem Bezirksparteitag 1921 aus je einem Mitglied der Unterbezirke zusammengesetzt, die Ortsvereine Kiel und Altona sollten ausdrücklich nicht zusätzlich vertreten sein.

Tab. 6 – Kontrollkommission (langjährige Mitglieder)<sup>37</sup>

1. UB	Max Funke		Flensburg	1925–33
2. UB	Gustav Hohnsbehn <sup>38</sup>	Maschinenbauer	Innien	1919–33
		Geschäftsreisender	(früher Neumünster)	
3. UB	Hermann Dostal	Schlosser	Klausdorf/Schw.	1925–33
4. UB	Martha Werner		Brunsbüttelkoog	1921–(?)
	Anna Wendt		Horst	(?)–1933
5. UB	Gustav Delle	Stadtrat	Wandsbek	1922–33

Die Kontrollkommission überwachte die Geschäftsführung des Vorstandes, prüfte die Bezirkskasse und galt als Beschwerdeinstanz gegenüber dem Bezirksvorstand. Sie wurde zu wichtigen Entscheidungen herangezogen.

## Unterbezirke

<sup>37</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 62, Protokolle der Kontrollkommission der SPD 1920–1932.

<sup>38</sup> Hohnsbehn war Vorsitzender der Kontrollkommission; er war bis 1925 Mitglied des Provinziallandtages, später des Rendsburger Kreistages. In der NS-Zeit mehrfach in Haft; vom KZ-Neuengamme aus 1945, vermutlich auf eines der „Totenschiffe“ in der Neustädter Bucht verbracht, blieb Hohnsbehn verschollen.

<sup>39</sup> Vorlage für die Karte: R. Rietzler, „Kampf in der Nordmark“ (Vgl. Anm. 9), S. 23; Gliederung der Unterbezirke eingezeichnet nach: Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1925, S. 199

Mit dem Wegfall des kaiserlichen Mehrheitswahlrechtes entfiel auch der politische Rahmen für die sozialdemokratischen „Kreisvereine“ der ehemaligen 10 Reichstagswahlkreise in Schleswig-Holstein. Entscheidend war jetzt – nach dem reinen Verhältniswahlrecht der Weimarer Verfassung – der prozentuale Anteil an den Stimmen. Dies war zwar gerechter, weil die Stimmen der in den Wahlkreisen unterlegenen Kandidaten nicht mehr „unter den Tisch“ fielen, der persönliche Bezug von Wählern und Kandidaten ging aber verloren. Zudem wurde die Entscheidung über die Reichstagskandidaturen aus den kleinen „Kreisvereinen“ heraus auf die Bezirksebene verlagert, was einer Zentralisierung der innerparteilichen Willensbildung gleichkam.

Die SPD reagierte mit einer Zentralisierung ihrer Organisation und schuf fünf Unterbezirke (in diesem Zuschnitt seit etwa 1924)<sup>39</sup>

Tab. 7 – Unterbezirke der SPD seit 1924

	Sekretär	Sitz	Mitglieder 31. 12. 1928
1. UB	Paul Dölz	Tönning	3 636
2. UB	Richard Hansen	Kiel	16 503
3. UB	Fritz Hansen (bis ca. 1930) Karl Langebeck	Kiel	4 567
4. UB	Rudolf Hackelberg (1924–1926) Karl Meitmann (1926–1929) Fritz Hansen	Altona  Itzehoe (seit ca. 1930)	20 487
5. UB	Paul Verdieck 125–ca. 1930	Wandsbek	6 562

Die herausragenden Zahlen des 2. und 4. UB sind durch die großen Ortsvereine Kiel und Altona erklärt. Diese beiden und Wandsbek hatten auch als einzige eigene besoldete Vorsitzende bzw. Parteisekretäre. Insofern war auch die Belastung der Unterbezirkssekretäre nicht so unterschiedlich.

Es mag erstaunen, daß die Unterbezirke von der Peripherie her (Kiel, Altona, Wandsbek; Tönning ist wohl ein Sonderfall<sup>40</sup>) betreut wurden. Ursprünglich sollten die Sekretariatsitze auch stärker ins Zentrum der Unterbezirke gerückt werden: Flensburg, Rendsburg, Eutin, Itzehoe und Oldesloe waren zum Teil auch schon mit Büros versehen.

Daß dies letztlich keinen Bestand hatte, lag einmal an der Wohnungsnot: die Funktionäre fanden keine Wohnungen für ihre Familien<sup>41</sup>. Dann spitzte sich die Kostenfrage (Finanzierung der Büros und der Sekretäre) während der Inflationszeit dramatisch zu.<sup>42</sup> Es war schon kostensparend, daß Willy Verdieck und seine Unterbezirkssekretäre Richard Hansen und Fritz Hansen zusammen ein Büro und einen Fernspre Anschluß im Kieler Gewerkschaftshaus benutzten.<sup>43</sup> Es vereinfachte auch den Informationsfluß und die Arbeit der Vorstände, denen alle drei angehörten (Bezirksvorstand SPD, Gauvorstand Reichsbanner). Im Kieler Gewerkschaftshaus liefen alle Fäden der Arbeiterbewegung zusammen. Dazu kam: für die in Kiel, Altona und Wandsbek ansässigen Sekretäre lag ein großer Teil der Mitgliedschaft sozusagen „vor der Tür“.

Entschärft wurde das Problem der Steuerung von den an der Peripherie liegenden Hochburgen aus durch drei Faktoren: Zum einen gab es noch eine dezentralisierende Wirkung durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Kreisebene, so z. B. im 1. Unterbezirk die AG Husum-Südtondern.<sup>44</sup> Auf dieser Ebene, organisiert durch einen Vorstand und den Unterbezirkssekretär, fanden Konferenzen und Schulungen für Kreis- und Gemeindevertreter und Funktionäre statt, wurden Unterbezirkskonferenzen vorbereitet und Kandidatenaufstellungen (Kreistag, Provinziallandtag) beraten.

Zweitens ließ sich ein großer Teil der Organisationsarbeit

<sup>40</sup> Der 1. Bezirk wurde von Wilhelm Haberlandt (1919–23) zunächst von Flensburg aus geleitet. Das Sekretariat wurde anscheinend in der Inflationszeit aus Kostengründen abgebaut. Dann übertrug man es dem in Tönning ansässigen Paul Dölz als „Vertrauensmann“, d. h. er war wohl bereit, die Arbeit ohne volles Entgelt zu übernehmen.

<sup>41</sup> AdsD, Abt. III, Nr. 5, Jahresbericht des Bezirksvorstandes der SPD für Schleswig-Holstein und Provinz Lübeck 1919/20, S. 2.

<sup>42</sup> Vorübergehend Abbau der Sekretariate im 1. Bezirk (Vgl. Anm. 37) und im 5. Bezirk (FLVZ 5. 3. 1924).

<sup>43</sup> Handbuch für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1929, S. 271.

<sup>44</sup> FLVZ 15101929; FLVZ 4. 2. 1930; FLVZ 3. 3. 1931.

des Unterbezirkssekretärs in schriftlichem Kontakt mit den Ortsvereinen erledigen: z. B. die Vermittlung von Rednern bzw. Referenten, wozu ausschließlich die Sekretäre berechtigt waren. Die Flugblattbestellung lief ebenfalls über sie. Sie legten auch genau fest, welche Ortsvereine in welchen Dörfern Flugblätter zu verteilen hatten, und welche Ortsvereine zu welchen Kundgebungen erscheinen sollten. Liest man die Korrespondenz des 1. und 3. Unterbezirks, entsteht das Bild einer straff organisierten, disziplinierten Partei.<sup>45</sup>

Zum dritten konnten die Sekretäre durch Einsatz und qualifizierte Arbeit den Nachteil der Distanz überbrücken.

## Parteisekretäre



Willy Verdieck (1893–1945) war von 1921 bis 1933 Bezirksvorsitzender der SPD Schleswig-Holsteins. Er gehörte auch dem Gauvorstand des Reichsbanners an und war Mitglied des Provinziallandtages.

Die meisten Sekretäre (Tab. 8) gehörten, soweit feststellbar, in zweifacher Hinsicht dem in der Weimarer Zeit vorherrschenden Typus des sozialdemokratischen Arbeiterführers an: Sie hatten die Volksschule besucht und ein Handwerk erlernt. Von Überalterung kann keine Rede sein: außer Rudolf Hackelberg waren Mitte der Zwanziger Jahre alle zwischen 30 und 50 Jahre alt. In der Literatur wird häufig das Bild des zuverlässigen, fleißigen und tüchtigen Funktionärs ausgezeichnet, dem es aber an persönlicher Ausstrahlungskraft, begeisternder Rednergabe und politischer Phantasie gefehlt habe.<sup>46</sup> Vielleicht entsprach der Bezirksvorsitzende Willy Verdieck tatsächlich diesem Bild, so wie ihn sein Neffe Julius Bredenbeck darstellt.

*„Er war ein absolut redlicher Mann, außerordentlich fleißig, dem ich eine politische Begabung auch gar nicht absprechen will, der aber in manchen Dingen ein enges politisches Bild hatte. Als ehemaliger Schlosser in Funktionen gekommen, hat er an sich gearbeitet. Aber daß nun ausgesprochene Impulse von ihm ausgingen, daß er ein hinreißender Volksredner war, das kann man nicht sagen.“<sup>47</sup>*

Seine Standhaftigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus mußte er mit dem Tod bezahlen. Er gehörte zu den Opfern der „Totenschiffe“ in der Neustädter Bucht vom 3. 5. 1945.

Richard Hansen, gleichzeitig Gauführer des Reichsbanners in Schleswig-Holstein, läßt sich in das Schema nicht einordnen:

*„Ein durchaus schlagfertiger Redner, hatte auch ein über das Normalniveau eines Parteisekretärs hinausgehendes Format. Er war außerordentlich leutselig, konnte sich an viele Situationen anpassen. Ein Großteil der Arbeit unter den Landarbeitern ist von ihm mit großer Meisterschaft geleistet worden. Hinzu kam, daß er sehr gut plattdeutsch sprach.“<sup>48</sup>*

Als noch besserer Redner hat Julius Bredenbeck Fritz Hansen in Erinnerung. Dieser bewies einen besonderen Mut, als er noch nach seiner Haft im KZ Glückstadt 1933 Kontakt zu dem nach Kopenhagen emigrierten Richard Hansen aufnahm und diesen offenbar mit Informationen aus dem Kreis Steinburg versorgte. Richard Hansen gab die Berichte an den Exilvorstand in Prag weiter.<sup>49</sup>

Aus dem Rahmen fällt sicher auch Karl Meitmann, der seine Tatkraft während des Kapp-Putsches 1920 in Schleswig unter Beweis stellte. Unter seiner Leitung zwangen Schleswiger Ar-

<sup>45</sup> Vgl. Anm. 34.

<sup>46</sup> H. A. Winkler, Der Schein der Normalität, (Vgl. Anm. 16), S. 647 f.; Heinrich Potthoff, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945 (Kleine Geschichte der SPD, Bd. 1), Bonn 1974, S. 104

<sup>47</sup> Julius Bredenbeck, Interview.

<sup>48</sup> Julius Bredenbeck, Interview.

<sup>49</sup> Reimer Möller, Widerstand und Verfolgung der organisierten Arbeiterschaft im Kreis Steinburg (1933–1945). Ein Überblick, in: Arbeiter und Arbeiterbewegung (wie Anm. 5), S. 387–414.

Tab. 8 – Parteisekretäre der SPD in Schleswig-Holstein

	Geburtsdatum und -ort	Beruf	Funktionen
Andratschke, Paul	24. 07. 1876 Löwitz (Oberschlesien)	Schlosser	1919-1933 Kassierer
Dölz, Paul	(Thüringen)	Tabakwaren- einzelhändler	1921 Bez. Vors. USPD 1922 Kontrollkomm. SPD ca. 1924–1933 Sekretär 1. UB Beisitzer BV
Hackelberg, Rudolf	12. 10. 1860, Königsberg	Tabakarbeiter	vor 1919: Gauleiter Tabakarb.- Verbd. 1919–1921 Bezirksvorsitzender 1921–1923 Bildungssekretär 1924–1926 Sekretär 4. UB
Hansen, Fritz	18. 06. 1878, Noer (Krs. Eckernförde)	Maurer	1919 Kandidat d. USPD f. die Na- tionalverslg 1922–ca. 1930 Sekretär 3. UB/Bei- sitz. BV ca. 1930–1933 Sekretär 4. UB/Bei- sitzer BV 1925–1933 Mitglied Provinzialland- tag (?)–1933 Gauvorstand Reichsban- ner
Hansen, Richard	02. 08. 1887, Kiel	Arbeiter	ca. 1920–1933 Sekretär 2. UB 1920–1933 Mitgl. BV (ab 1924 Stellv.) 1924–1933 Gauvors. Reichsbanner 1925–1933 Mitgl. Provinziallandtag
Kuklinski, Wilhelm	28. 06 1892, Kiel	Schriftsetzer	1921–1925 Jugendsekretär
Langebeck, Karl	02. 05. 1884 Neuengamme b. Hamburg	Metallarbeiter	1920–1925 Betriebsratsvors. 1925–1930 Sekr. Landarb. Verband Plön 1930–1944 Sekretär 3. UB
Meitmann, Karl	20. 03. 1891, Kiel	Kaufm. Lehre	1924–1929 Gausekretär Reichsban- ner 1926–1929 Sekretär 4. UB 1929–1933 Vors. d. SPD Hamburg
Verdieck, Willy	25. 02. 1883, Kiel	Schlosser	1911–1915 Gesch. f. Metallarb. verbd. Kiel 1919–ca. 1920 Sekretär 2. UB 1921–1933 Bezirksvorsitzender 1921–1933 Mitglied Provinzialland- tag (?)–1933 Gauvorstand Reichsban- ner
Verdieck, Paul	17. 11. 1893, Kiel	Maurer	1925–ca. 1930 Sekretär 5. UB
Werner, Theodor			1926–1933 Sekr. f. Kommunalpoli- tik u. AWO

<sup>50</sup> August Rathmann, Ein Arbeiterleben, Wuppertal 1983, S. 36; Karl Meitmann, Der Kapp-Putsch in Schleswig, in: Grenzfriedenshefte (1963), S. 153–166. Vgl. Anm. 5.

<sup>51</sup> Friedrich-Wilhelm Witt, Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1971, S. 61.

<sup>52</sup> J. Bredenbeck, Interview.

<sup>53</sup> Vgl. Hans-Ulrich Schiff/Horst Peters, Alles besiegend erhebt sich der Geist, in: DG, 2 (1987); S. 411–417

<sup>54</sup> Rainer Paetau, Sozialgeschichtliche Aspekte zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein während der Kaiserzeit und Weimarer Republik, in: Die Schleswig-Holsteinische Schule 41 (1987), H. 10, S. 17–19 und H. 11, S. 16f.

<sup>55</sup> J. Bredenbeck (wie Anm. 52).

<sup>56</sup> AdsD, Abt. III, Nr. 43, Verhandlungen des Bezirkstages 1919 (wie Anm. 7), S. 19.

## V. Politisches Profil

### Marxismus



Kein vom Marxismus geprägtes, aber ein kämpferisches Plakat zur Reichstagswahl 1928

Das Plakat war im Auftrag der SPD-Reichsleitung in Berlin erstellt worden. Auffällig daran ist, daß die Nationalsozialisten 1928 noch nicht als sehr stark eingeschätzt wurden und somit auch nicht als politischer Gegner vollständig abgebildet worden sind. Überdeutlich wird aber in dem Plakat der Konflikt zur KPD aufgezeigt: Die SPD übernahm hier die von den rechten Parteien aufgebrauchte Klischeevorstellung eines „Bolschewisten“ – RS.

<sup>57</sup> Ein stärkeres Gewicht als Theoriearbeit hatte praxisbezogene Bildungsarbeit zur Kommunalpolitik. Vgl. Tätig-

beiter die auf Schloß Gottorf verbarrikadierten Kapp-Soldaten zur Übergabe. Meitmann selbst war vorher mit dem Fahrrad nach Husum gefahren und hatte dort Waffen requiriert.<sup>50</sup> Als in der Hamburger SPD 1929 nach einem „*jüngeren, besonders aktiven Vorsitzenden*“ gesucht wurde, „*der auch für die emotionale Seite des politischen Kampfes aufgeschlossen sein sollte*“, dachte man an Karl Meitmann. Er war in Hamburg durch sein Wirken in Altona als „*als aktiver, auch rednerisch begabter Funktionär bekannt*.“<sup>51</sup>

Paul Verdieck, ein Bruder des Bezirksvorsitzenden, war „*ein ungemein politischer Mensch, . . . ein ausgezeichnete Rhetoriker*“<sup>52</sup>, der auf Agrarpolitik spezialisiert war. Er wurde nach 1945 Bezirkssekretär zunächst der SPD, dann der SED im Bezirk Anhalt und wäre wahrscheinlich Landwirtschaftsminister in der DDR geworden, wenn dort nicht sein Neffe Julius Bredenbeck 1948 wegen Kontaktes zur West-SPD verhaftet und verurteilt worden wäre.<sup>53</sup>

Der Marxismus blieb offizielle Parteilehre. Und sicher hat es auch in der schleswig-holsteinischen SPD marxistische Vorstellungen gegeben, etwa vom naturnotwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus, nach der bündigen Agitationsparole: „*Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf* . . .“<sup>54</sup>. In diesem Sinne könnten noch manche Mitglieder „*vom revolutionären Pathos der Bebel-Zeit berauscht*“<sup>55</sup> gewesen sein. Die Bedeutung des Marxismus darf aber nicht überschätzt werden. Fundierte Kenntnisse bzw. eine systematische Schulung zur Lehre von Marx haben kaum bestanden. Auf dem Bezirksparteitag 1919 wurde „*theoretische Wirrnis*“ beklagt, die den „*Zulauf zu linken Parteien*“ begünstigte. Dem Vorschlag, deshalb gründliche Bildungsarbeit über Theorie und Praxis des Marxismus zu betreiben, hielt ein Delegierter aus Büdelsdorf entgegen:

„*Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, daß der Marxismus für die Sozialdemokratie das Wichtigste ist. Marx selbst würde, wenn er heute lebte, manche seiner Theorien ändern.*“<sup>56</sup>

In den Jahren 1925/26 organisierte der Bezirksverband nur einen Vortrag (vor 27 Teilnehmern in Cismar) speziell zur Marxschen Lehre.<sup>57</sup> Vermutlich gab es im Bezirksverband noch lassalleanische Traditionen. Die marxistische Linke jedenfalls, die dem „*bürgerlichen Klassenstaat*“ der Weimarer Republik reserviert gegenüberstand und eine besondere Verantwortung für diesen Staat nicht sah, hatte in der SPD kein besonderes Gewicht.<sup>58</sup> Dabei war es für Partei und Anhängerschaft durchaus ein Problem, die aus der Kaiserzeit eingewurzelte Distanz zum Staat und das eingefleischte Oppositionsverhalten aufzugeben. Die mäßigen Erfolge der Revolution, die politischen und sozialen Rückschläge der Inflationszeit, zum Teil unter Mitverantwortung der SPD in Koalitionsregierungen, machten es schwer, sich mit diesem Staat von Weimar zu identifizieren. In der schleswig-holsteinischen SPD gab es nun starke Kräfte, die sich für diese Identifikation einsetzten.



Werte Genossinnen und Genossen!

Anlässlich des 30jährigen Bestehens des Ortsvereins der S. P. D. Tönning findet am Sonntag, den 27. September, nachmittags 3<sup>30</sup> Uhr die

## WEIHE EINER NEUEN FAHNE

verbunden mit einer Kundgebung und Frauentreffen des 1. Bezirks, sowie mit einem Aufmarsch des Reichsbanners und der Arbeiterjugend statt.

Diese Kundgebung soll eine gewaltige Demonstration gegen die dauernde Hetze der Kommunisten und Nationalsozialisten werden.

Wir bitten deshalb um starke Teilnahme aller in Frage kommender Organisationen mit Fahnen. Die Ortsvereine der S. P. D. außerhalb des 1. Bezirks bitten wir um Anteilnahme von Fahndeputationen.

Die Anmeldung der Zahl der Teilnehmer muß bis zum 15. September an Paul Dölz, Tönning, Kattrepel 22 erfolgen.

Die Teilnehmer müssen bis um 10 Uhr in Husum eintreffen.

Um 10.30 Uhr: Antreten vor dem Gewerkschaftshaus in Husum zum Umzug. Dann Ansprache und gemeinschaftliche Fahrt nach Tönning.

An die Anmeldung der Lastwagen sei hiermit erinnert.

Um 1.30 Uhr wird in Tönning Erbsensuppe verabreicht. Preis pro Portion 50 *Rpf*. Die Anmeldung der Portionen muß bis zum 15. September erfolgen.

Der Festbeitrag beträgt 50 Pfg. Erwerbslose sind frei.

Ortsverein der S. P. D.

I. A. Paul Dölz.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Westküste)

I. A. Willy Siercks.

1. Bezirk der S. P. D.

I. A. P. Dölz.

Voraussetzung dafür war eine „Republikanisierung“ bzw. Demokratisierung der Verwaltung – notwendig angesichts der konservativen Dominanz in den Behörden.<sup>59</sup> Dazu mußte in der Partei offenbar erst der „Wille zur Macht“ gefördert werden, d. h. die Bereitschaft, Machtpositionen in Regierungen und Verwaltungen auf allen Ebenen des „neuen Volksstaates“ einzunehmen. Dafür setzten sich Mitte der zwanziger Jahre maßgebliche Politiker ein,<sup>60</sup> wobei nicht zuletzt personelle Probleme im Weg standen, da Sozialdemokraten in der Kaiserzeit nicht Beamte werden konnten und so Erfahrung und Vorbilder fehlten. Man behalf sich zunächst mit „Außenseitern“, die in ihren Funktionen in der Arbeiterbewegung als Gewerkschafts- oder Parteisekretäre, Redakteure oder Arbeiter- und Soldatenräte (1918/19) Erfahrungen mit der Verwaltung gesammelt hatten.<sup>61</sup> Maßnahmen der Arbeiterbildung, u. a. die Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld bei Flensburg, sollten dieses Defizit abbauen helfen.<sup>62</sup>

Die „staatstragende“ Haltung drückt sich auch aus in den Begriffen des „Staatsbürgers“ und seiner „staatsbürgerlichen

## Republik und Sozialismus

keitsberichte für die Jahre 1925 bis 1928 (wie Anm. 7).

<sup>58</sup> J. Bredenbeck (wie Anm. 52) Ein Hinweis darauf ist auch das schwache Abschneiden der „Linksabspaltung“ SAPD (1931) in Schleswig-Holstein bei den Preußischen Landtagswahlen 1932 mit 0,3 % (Preußen 0,4 %) und bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 mit 0,1 % (Reich 0,2 %). Vgl. Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbei-

*Die Einladung zur Fahnenweihe am 27. 09. 1931 zeigt die doppelte Frontstellung der SPD in ihrem Kampf um die Republik. In Tönning war die KPD sehr stark, vermutlich mit vielen Anhängern bei arbeitslosen Werftarbeitern (aus: LAS, Abt. 3841, Nr. 16).*

terpartei Deutschlands (SAPD). Meisenheim 1965, S. 256 und 273. Im Bereich des 1. Unterbezirks der SPD hatte die SAPD nur eine Ortsgruppe in Flensburg (FLVZ 26. 3. 1932)

<sup>59</sup> Im „roten Bollwerk“ Preußen hatte man sich besonders um eine Republikanisierung der Verwaltung bemüht; in den oberen Verwaltungsebenen Schleswig-Holsteins mit Erfolg. Die SPD stellte den Ortspräsidenten (Heinrich Kürbis) und seit 1928 den Regierungsvizepräsidenten (Grimpe). Sozialdemokraten waren auch die Polizeipräsidenten in Kiel (Wilhelm Poller, Carl Dietrich) und Altona (Georg Kirchner, Erwin Barth, Otto Eggerstedt). Es gab aber nur zwei SPD-Landräte: Eduard Adler (Vgl. Anm. 2

## Kommunalpolitik

und 6) bis 1926 im Kreis Eckernförde u. Gustav Niendorf im Kreis Pinneberg.

<sup>60</sup> In diesem Sinne Wilhelm Brecour und Louis Biester auf dem Bezirksparteitag 1924; Wilhelm Brecour auf den Bezirksparteitagen 1927 und 1929.

<sup>61</sup> Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933, Stuttgart 1965, S. 47–51.

<sup>62</sup> F. Osterroth (wie Anm. 1), S. 84.

<sup>63</sup> Vgl. Arbeiterwohlfahrt (Anm. 67) und SAJ (Anm. 91).

<sup>64</sup> Willy Verdieck verwies auf dem Bezirksparteitag im April 1932 in Rendsburg auf eine Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner „in vollster Harmonie“. Das verwundert angesichts der personellen Verflechtung von Parteisekretären (Vgl. Tab. 8) und Durchführung des Reichsbanners nicht.

<sup>65</sup> Vgl. Anm. 6.

<sup>66</sup> Klaus Klingner, Karl Frohme, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Schleswig-Holstein, in: DG, 1 (1986), S. 29–46; Rainer Pae-tau, Das erste kommunalpolitische Programm der schleswig-holsteini-schen SPD von 1901. Eine Dokumentation, in: DG, 1 (1986), S. 47–53. Pae-tau nennt Frohme „eine der wenigen nordeutschen Persönlichkeiten, die es verstanden, revisionistische Ideen in konkrete Parteipolitik umzusetzen“.

<sup>67</sup> Tätigkeitsberichte 1925–1928 (Vgl. Anm. 6)

<sup>68</sup> Von den größeren Städten hatte nur Altona (Max Brauer) einen SPD-Oberbürgermeister; den zweiten Bürgermeister stellte die SPD in Kiel (Dr.

Verantwortung“, die sich in den Gliederungen der Partei durchsetzten.<sup>63</sup> Sie zeigt sich auch in der positiven Haltung zu Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, einem gewissen Einfluß „Hofgeismarer“ Ideen (siehe Abschnitt „Jungsozialisten“) und einer engen Beziehung zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, der überparteilich konzipierten Organisation zum Schutz der Republik.<sup>64</sup> Insofern hat die Partei in Schleswig-Holstein ein „rechtes“ Profil entwickelt.

Am Ziel des Sozialismus hat man aber festgehalten. Die Republik war nach dieser Vorstellung – entsprechend dem Heidelberger Programm von 1925 – der „günstigste Boden“ für die Verwirklichung des Sozialismus.<sup>65</sup> Wie man sich den Weg dahin vorstellte, ist u. a. an den Konzepten von Wilhelm Brecour („Kommunalpolitik“), der Jungsozialisten oder auch Andreas Gayk („Kinderfreunde“) erkennbar.

Die kommunalpolitische Praxis der SPD wurde von Wilhelm Brecour auf dem Bezirksparteitag 1929 in Eutin theoretisch untermauert, wobei der „Neue Mensch“ der Jungsozialisten und Kinderfreunde, aber auch Bernsteinscher Revisionismus durchschimmern. Vielleicht gab es eine theoretische Traditionslinie des Revisionismus personifiziert durch Karl Frohme<sup>66</sup> und Wilhelm Brecour (Vgl. Tab. 11), der in seiner Rede in Eutin vor den Kommunalwahlen 1929 ausdrücklich an das Kommunalprogramm von 1901 und namentlich an Karl Frohme anknüpfte. Brecour war freilich nicht an einem „Revisionismusstreit“ interessiert und vermied sogar den Begriff „Reform“ in seiner Rede. Wie Bernstein hielt er eine schrittweise Konstruktion des Sozialismus – aus dem Kapitalismus heraus – für möglich, wenn er sagte:

*„Was hier (in den Gemeinden) an sozialer und Kulturarbeit und wirtschaftlichem Aufbau geleistet wird . . . ist Aufbauarbeit für die sozialistische Gesellschaftsordnung.“*

Für diesen Aufbau waren nach seiner Auffassung auch staatliche Machtpositionen erforderlich. Wie Bernstein sah er eine entscheidende Voraussetzung für den Weg zum Sozialismus auch in der allmählichen Qualifizierung der Arbeiterschaft u. a. durch Aufgaben in der Selbstverwaltung:

*„Denn Sozialismus kommt nicht über Nacht. Wirtschaftliche, politische und soziale Schulung, Erziehung zum Gemeinschaftsleben . . ., Erfüllung der arbeitenden Klassen mit sozialistischem Geist und dem Willen zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sind zu seiner Herbeiführung notwendig. Dem soll unsere Arbeit in den Selbstverwaltungskörperschaften dienen.“*

Im Mittelpunkt der kommunalen Arbeit sollen „der Mensch, der arbeitende Mensch“ und seine sozialen Belange stehen. Der Zusammenhang von Kommunalpolitik und Sozialpolitik war für die Partei besonders eng, die Umsetzung in die Praxis schwierig: Kommunalpolitik war im Grunde ein neues Feld für die Sozialdemokraten. Durch die Abschaffung des Dreiklassen- bzw. Zensuswahlrechts in den Gemeinden konnten sie erst in der Republik verstärkt in die Gemeindeparlamente einzie-

hen und – was ihnen bis dahin fast völlig versperrt war – Stadträte und Bürgermeister werden. Mitte der Zwanziger Jahre setzte eine systematische kommunalpolitische Schulung auf allen Ebenen ein<sup>67</sup> – unterstützt durch einen 1926 angestellten Sekretär beim Bezirksverband (Vgl. Tab. 4).

Die Entwicklung eines typischen sozialdemokratischen Profils war nur dort vorstellbar, wo die SPD Mehrheiten in den Stadt- bzw. Gemeindevertretungen hatte und die Bürgermeister, Magistrate bzw. Bürgervorsteher stellte. Das war am ehesten in „Arbeiterdörfern“ bzw. stadtnahen Arbeitergemeinden der Fall, weniger in den kleineren Städten (z. B. BM Strobel in Kellinghusen, BM Schinkel in Glückstadt), auch nicht in den größeren<sup>68</sup>. Die sozialdemokratische Handschrift wurde besonders am Eintreten für Volksbildung sowie Öffnung des höheren Schulwesens und Förderung des Wohnungsbaus zugunsten der unteren Bevölkerungsschichten erkennbar.<sup>69</sup>

In der SPD war die Sozialpolitik nicht nur als Kommunalpolitik, sondern auf allen Ebenen ein zentrales Anliegen. Die Reichstagsabgeordnete Louise Schroeder trat durch zahlreiche Initiativen zum Mutter-, Kinder- und Arbeiterschutz hervor. Sozialdemokratische Parteifunktionäre waren Fachleute für Sozialpolitik und konnten in Parteiversammlungen umfassend über neue Gesetze informieren.<sup>70</sup> Expertentum wird erkennbar, wenn sich z. B. der Vorsitzende des Ortsvereins Husum im August 1932 in einem verzweifelten Hilferuf an den Kommunalsekretär beim Bezirksverband über die Herabsetzung der Richtsätze in der Fürsorge beklagte.<sup>71</sup>

Der traditionelle beharrliche Einsatz für die schrittweise Verbesserung bzw. Erhaltung der sozialen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verband die SPD mit den Freien Gewerkschaften. Mitte der Zwanziger Jahre wurden der Regierung des „Bürgerblocks“ Fortschritte in der Sozialgesetzgebung (1926: Arbeitsgerichtsgesetz; 1927: Arbeitslosenversi-

Heimerich) und Neumünster (Dr. Lindemann).

<sup>69</sup> In Glückstadt z. B. wurden die Volksschüler besonders gefördert: umfassende Renovierung der bis dahin vernachlässigten Volksschule; Errichtung eines zweiten Schulgebäudes; zwei Aufbauklassen für besonders begabte, eine Förderklasse für schwächer begabte Schüler; Erweiterung des Kollegiums um einen Sportlehrer und eine „technische Lehrerin“. W. Schinkel, (wie Anm. 14). Einer der profiliertesten Kommunalpolitiker war der Büdelsdorfer Bürgervorsteher Heinrich Jacobs (SHVZ 10. 10. 1931). Für Borby bei Eckernförde: Karl-Werner Schunck, Richard Vosgerau – ein politischer Lebensbericht, in: Vergessen und Verdrängt (wie Anm. 15), S. 9–16

## Sozialpolitik

<sup>70</sup> Z. B. Paul Dölz über die „Fürsorgepflichtverordnung“ in Sörup (SHVZ 27. 5. 1930) oder Richard Hansen über „Sozialabbau“ (SHVZ 8. 6. 1932).

<sup>71</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 17.



Zeichnungen des aus Hamburg-Altona stammenden Künstlers Max Deiters zur Situation von Arbeitslosen in der Weltwirtschaftskrise.

Die Vorstellung in der SPD von einem „sozialen Kompromiß“ ging in dieser Zeit endgültig verloren.

<sup>72</sup> Ortsausschuß Kiel des ADGB, Jahresberichte 1922–1928 (Vgl. Anm. 22) S. 69–81; Zum Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“: Arno Klönne, Die deutsche Arbeiterbewegung, Düsseldorf/Köln 1981, S. 226–230, H. A. Winkler, Der Schein der Normalität (Vgl. Anm. 16), S. 606–613.

<sup>73</sup> SHVZ 31. 3. 1924; Tätigkeitsbericht 1927/28 (Vgl. Anm. 6); F. Osterroth, 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein (wie Anm. 1.) S. 82. Ein Bezirksausschuß leitete die Arbeit; ihm gehörten 1926 Louise Schroeder als 1. Vors. und Theodor Werner als 2. Vors. und Geschäftsführer an (vgl. Tab. 4, 8); Beisitzer waren die Genossinnen Kurfürst (Kiel), Lützen (Kiel) und Dostal (Klausdorf/Schw.) sowie die Genossen Hahn (Kiel), Gregersen (Flensburg), Gabriel (Neumünster), Wagner (Elmshorn), Nordmeier (Altona) und Valentin (Alt-Rahlstedt). Tätigkeitsbericht 1925/26 (wie Anm. 7).

<sup>74</sup> Tätigkeitsbericht 1927/28 (wie Anm. 7).

<sup>75</sup> Hauke Schütt, Arbeiterwohlfahrt im Raum Rendsburg, in: Vergessen und Verdrängt (wie Anm. 15), S. 66–68.



cherung) abgetrotzt. Gewerkschafter zogen in großer Zahl als Arbeitnehmervvertreter in die Arbeitsgerichte, Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter, Krankenkassen-Ausschüsse, in den Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein sowie in die Spruchausschüsse beim Oberversicherungsamt Schleswig ein.<sup>72</sup>

Auch vor dem Hintergrund solcher Fortschritte entwickelte der ADGB das Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“, das sozialdemokratischen Vorstellungen entsprach. Es zeigte sich aber sehr bald, wie labil der „soziale Kompromiß“ war. Von den Arbeitgebern in den Arbeitskämpfen 1928 aufgekündigt, ging er infolge der Weltwirtschaftskrise endgültig verloren. Das ist der Hintergrund für das Scheitern der „Großen Koalition“ 1930 in der Frage der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

## Arbeiterwohlfahrt

<sup>76</sup> Die Ära der legendären Carl Legien und Karl Frohme (vgl. Anm. 59) ging Anfang der Zwanzigerjahre zu Ende. Legien verstarb 1920, nachdem er als ADGB-Vorsitzender eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Kapp-Putsches gespielt hatte. Karl Frohme beendete 1924 als 74jähriger seine Abgeordnetenlaufbahn. Ferner Peter Michelsen (Flensburg) und Heinrich Kürbis (Kiel) von 1919–21 sowie die zeitweiligen Reichsminister Gustav Radbruch (Kiel) und Adolf Köster (Blankenese) von 1921–1924.

<sup>77</sup> J. Bredenbeck (wie Anm. 52).

<sup>78</sup> Brigitte Scholing, Die Frau mit dem „Mut eines Löwen“, in: Frankfurter Rundschau v. 4. 4. 1987 (Vgl. auch Anm. 35, 73; Tab. 5)

<sup>79</sup> Mitteilungen über Eggerstedt bei Karl Rickers. Erlebte Weimarer Republik. Erinnerungen eines Kieler aus den Jahren zwischen 1918 und 1933, in: Arbeiter und Arbeiterbewegung (wie Anm. 5), S. 347–364. Vgl. auch Tab. 5 und Anm. 59, 61.

Das sozialpolitische Profil der Partei wurde wesentlich mitgeprägt durch die AWO, eine der wichtigsten Neugründungen (1920) der SPD in den Jahren der Republik.

Tab. 9 AWO in Schleswig-Holstein<sup>73</sup>

	Ortsausschüsse	Mitglieder	
		Frauen	Männer
1924	32	–	–
1928	78	1700	1200
1930	89	2061	1437

Die AWO war zum einen Hilfsorgan der öffentlichen Wohlfahrtspflege: „staatsbürgerliches Verantwortungsgefühl“ trug dazu bei, daß im Jahre 1928 480 Frauen und 430 Männer ehrenamtlich in der behördlichen Wohlfahrtspflege tätig waren.<sup>74</sup> Sie konnten so aber auch im Sinne der Arbeiterschaft Einfluß auf die Behörden nehmen. Zum anderen war sie Selbsthilfeorganisation, getragen durch den in der Arbeiterschaft vorhandenen Solidaritätsgedanken. Die AWO unterhielt 1930 42 Beratungsstellen, 46 Nähstuben, sie leistete Mutterschafts-, Kinder- und Jugendfürsorge, betrieb Maßnahmen

zur Kindererholung, half hilfebedürftigen Familien zu Weihnachten und stattete Jugendliche bei Schulentlassungen aus. Mit der Wirtschaftskrise kam eine besondere Bewährung. Überaus wertvoll waren danach die Fortbildungskurse für arbeitslose jugendliche Hausgehilfinnen und die Mitarbeit in den Volksküchen.<sup>75</sup>

Vier Politiker waren es, die für die SPD während der überwiegenden Zeit<sup>76</sup> der Weimarer Republik im Reichstag wirkten:

Tab. 10 – Reichstagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein

Name	Beruf	Wohnort	MdR
Biester, Louis	Lehrer	Hoisdüppel	1924–33
Eggerstedt, Otto	Bäcker Parteisekretär	Kiel	1921–33
Richter, Max	Polizeipräsident Weißgerber Gewerkschaftssekretär	Neumünster	1924–33
Schroeder, Louise	Chefsekretärin Pflegeamtsvorsteherin	Altona	1919–33

Louise Schroeder, als Oberbürgermeisterin von Berlin 1947/48 berühmt geworden, war damals schon so etwas wie eine „Mutter der Partei“.<sup>77</sup> Sie stand als einzige Frau in Deutschland auf dem ersten Platz einer Landesliste und war besonders engagiert und versiert in Sozialpolitik<sup>78</sup>. Otto Eggerstedt gehörte zu den wenigen in höhere Verwaltungsämter aufgestiegenen Sozialdemokraten, wurde aber nach dem „Papen-Staatsstreich“ in Preußen im Juli 1932 als Polizeipräsident in Altona gezielt ausgeschaltet. Eggerstedt wurde am 12. 10. 1933 im KZ-Esterwegen von einem SS-Scharführer ermordet.<sup>79</sup> Ein Opfer der Nationalsozialisten wurde auch Max Richter, der aus dem KZ-Neuengamme Anfang Mai 1945 auf eines der berüchtigten Totenschiffe in der Neustädter Bucht verbracht wurde. Louis Biester überstand Haft und Konzentrationslager und war nach dem Krieg als Landrat in Niedersachsen tätig.

Die schleswig-holsteinische SPD konnte zumeist sechs Abgeordnete in den Preußischen Landtag entsenden. Die weitaus größten Zeitanteile hatten dabei die in Tab. 11 aufgeführten Parteimitglieder.

## Parlamentarier und Regierungsbeteiligung



Otto Eggerstedt (1886–1933) war Parteisekretär in Kiel, Reichstagsabgeordneter (1921–1933) und Polizeipräsident in Altona (1929–1932).

Tab. 11 – Landtagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein

Name	Beruf	Wohnort	MdL
Brecour, Wilhelm	Tischler Redakteur	Kiel	1919–32
Sievert, Wilhelm	Schneider Parteisekretär	Altona	1919–21
Bugdahn, Paul	Redakteur	Altona	1928–33
Jensen, Toni	Lehrerin	Kiel	1921–33
Jürgensen, Jürgen	Tabakwaren- einzelhändler Arbeitersekretär	Eckernförde	1924–33
Peters, Hermann	Landarbeiter (bis 1910), dann selbst. Landwirt	Hochdonn	1919–33
Rickers, Gehrt	Lehrer	Kiel	1924–33

<sup>80</sup> Wilhelm Brecour, Die Sozialdemokratische Partei in Kiel. Ihre geschichtliche Entwicklung, in: Zur Geschichte der Kieler Arbeiterbewegung, hrsg. v. Jürgen Jensen, Kiel 1983.

<sup>81</sup> Karl Rickers, (wie Anm. 79), S. 355.

<sup>82</sup> Karl-Werner Schunck, Wie im Jahr 1932 die Demokratie in Deutschland verloren ging. Eckernförder Abgeordneter im Preußischen Landtag verletzt, in: Vergessen und Verdrängt (Vgl. Anm. 15), S. 114–121.

<sup>83</sup> Franz Walter, Sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in der Weimarer Republik, in: Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung, Bd. 2, Bonn 1984, S. 543–564, vgl. Anm. 4.

*Überlegungen, die in der SPD seit 1920 diskutiert wurden: Soll man grundsätzlich in Oppositionsstellung gehen, wobei die Bürgerlichen unweigerlich mit der DNVP koalieren würden, einer reaktionären Kraft, deren erklärtes Ziel darin bestand, die Republik zu schwächen (siehe Plakat der Deutsch-Nationalen-Volkspartei).*

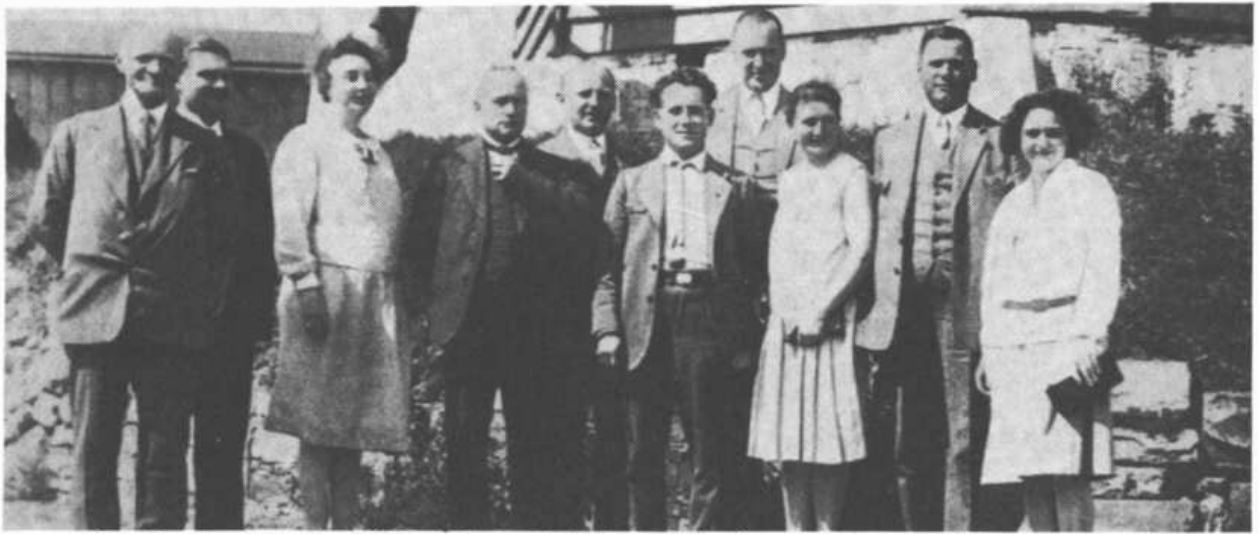
*Ein Blitz in den Farben des alten Kaiserreichs trifft Friedrich Ebert, der sich ängstlich an seinem viel zu kleinen Stuhl klammert. Vertreter der republikanischen Parteien laufen vor Schreck auseinander. Die DNVP zeigt mit diesem Plakat ihre radikale Ablehnung der Demokratie von Weimar – RS.*



Wilhelm Brecour<sup>80</sup> stand auf Listenplatz 1 bei den Landtagswahlen. Er war sicher einer der einflußreichsten Sozialdemokraten, auch wenn er nur kurze Zeit (Anfang der 20er Jahre) dem Bezirksvorstand angehört hatte. Für viele Parteimitglieder verkörperte er „die besten Traditionen einer kämpferischen Bewegung aus der Zeit des Sozialistengesetzes“.<sup>81</sup>

1925 und 1929 hielt er die Hauptreferate auf den Bezirksparteitagen vor den Kommunalwahlen. Toni Jensen, Leiterin der Frauenarbeit in Schleswig-Holstein, war besonders auf schul- und kulturpolitischem Gebiet tätig. Hermann Peters leitete den Agrarausschuß und hat am Agrarprogramm der SPD 1927 mitgearbeitet. Jürgen Jürgensen war Fraktionsgeschäftsführer. Er wurde bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten im Landtag als Unbeteiligter schwer verletzt.<sup>82</sup>

Die parlamentarische Arbeit der Reichs- und Landtagsabgeordneten ist bisher nicht systematisch untersucht worden. Aussagen über die Haltung zu Regierungsbeteiligungen in Koalitionen beruhen daher nur auf Einzelbelegen. Es war von zentraler Bedeutung für die SPD, ob sie sich von der „geborenen Oppositionspartei“ zur „regierenden Koalitionspartei“ entwickeln würde, auch im Interesse der Republik. Aufgrund der gegebenen Verhältnisse im Reichstag war seit 1920 eine Koalition aus überzeugten republikanischen Parteien nicht mehrheitsfähig. Zur Mehrheitsbeschaffung bot sich vorwiegend die Deutsche Volkspartei (DVP) an. Das Dilemma für die SPD: Beteiligte sie sich an einer „Großen Koalition“ mit dieser Partei, die von der Republik im Grunde nichts hielt und schwerindustriellen Interessen vertrat, war das großen Teilen der Basis nur schwer verständlich zu machen.<sup>83</sup> Der linke Flügel hielt dies für Verrat am Klassenkampf; in Einzelfragen konnte es zu einem Zerwürfnis mit den Gewerkschaften kommen; der Zulauf zu den Kommunisten drohte sich zu verstärken. Ging man aber in die Opposition, würde die Regierung sich nach rechts, bis hin zur reaktionären DNVP erweitern. Dies wiederum konnte nicht im Interesse der von der SPD maßgeblich geschaffenen Republik sein. Schleswig-holsteinische SPD-Politiker



waren im allgemeinen für Bildung bzw. Erhalt von Regierungskoalitionen – so meine These – ob auf Reichsebene<sup>84</sup> oder in Preußen<sup>85</sup>, und waren insoweit als „rechts“ einzustufen.

Das mag zum einen daran liegen, daß aus den Reihen der Partei zwei sehr angesehene Reichsminister kamen. Dr. Adolf Köster, Literaturwissenschaftler, hatte einen großen Teil seiner Jugend in Kappeln verbracht, woher sein Vater stammte. Er war 1920 Abstimmungskommissar und anschließend Außenminister im Kabinett Müller, 1921/22 Innenminister im Kabinett Wirth. Der in der Kieler Arbeiterschaft hoch angesehene Rechtsprofessor Gustav Radbruch<sup>86</sup>, Kaufmannssohn aus Lübeck, Justizminister 1921/22 im Kabinett Wirth und 1923 im Kabinett Stresemann, hielt das Ausscheiden der SPD aus der Regierung 1922 (wegen des geplanten DVP-Eintritts) für falsch. Bei seiner triumphalen Verabschiedung aus Kiel 1926 rief er in beschwörenden Worten die Partei auf, wiederum die Regierungsverantwortung zu übernehmen.<sup>87</sup>

Zum zweiten: Als Bezirksverband im Land Preußen erlebte die schleswig-holsteinische SPD im allgemeinen gut funktionierende Koalitionsregierungen, in denen die SPD die Politik wesentlich prägen konnte, so daß in der Partei bewundernd vom „System Braun-Severin“<sup>88</sup> die Rede war. Die SPD-Abgeordneten im Preußischen Landtag verstanden sich viel stärker als diejenigen im Reichstag als Regierungsfraktion und wurden von Ernst Heilmann auch in diesem Sinne geführt. Das wurde dadurch begünstigt, daß der linke Parteiflügel im Landtag kaum vertreten war.<sup>89</sup>

Nach der Revolution bildeten sich an vielen Orten Gruppen von „Jungsozialisten“, die 1920 in die Parteiorganisation eingegliedert wurden. In ihnen konnten SPD-Mitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren (seit 1927: 20 bis 25) aktiv werden, aber sie waren dazu nicht verpflichtet. Auch Nicht-Parteimitglieder konnten Jungsozialisten werden.

Das Selbstverständnis dieser Gruppen wird deutlich an den durch die Jugendbewegung beeinflussten Leitsätzen einer Tagung in Kiel am Neujahrstag 1921:

„Die den Arbeiterjugendvereinen entwachsenen Parteigenos-

*Der preußische Innenminister Severing in Kiel mit u. a. H. Peters aus Hochdorn, Louise Schroeder, Karl Meitmann, Regierungspräsident Grimpe, Max Brauer und Else Meitmann.*

<sup>84</sup> Darauf deuten Berichte und Kommentare in der Flensburger Volkszeitung (FLVZ 13. 8. 1928 und 15. 8. 1928) sowie ein Brief von Toni Jensen (vgl. Tab. 11) zur „Panzerkreuzer-Affäre“ hin (zit. bei H. A. Winkler, *Der Schein der Normalität* (Vgl. Anm. 17), S. 544f.). Die SPD-Regierungsmitglieder waren innerparteilich in die Schußlinie geraten, als das Kabinett Müller (1928–30) auf Druck der bürgerlichen Parteien den Bau eines Panzerkreuzers beschloß, obwohl die SPD im Wahlkampf dagegen agitiert hatte. Die FLVZ und Toni Jensen nahmen die Minister in Schutz.

<sup>85</sup> F. Osterroth, (wie Anm. 1), S. 74.

<sup>86</sup> Arthur Kaufmann, Gustav Radbruch, Rechtsdenker, Philosoph, Sozialdemokrat, München 1987.

<sup>87</sup> Hermann Krämer, Gustav Radbruch als Parteipolitiker, in: (Hrsg.) Arthur Kaufmann, *Gedächtnisschrift für Gustav Radbruch*, Göttingen 1968, S. 221–230

## Jungsozialisten

<sup>88</sup> Der Sozialdemokrat Otto Braun war von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen preuß. Ministerpräsident; sein Parteifreund Carl Severing lange Jahre Innenminister.

<sup>89</sup> H. A. Winkler, *Der Schein der Normalität* (Vgl. Anm. 17), S. 401.

sen können ihrer ganzen seelischen Einstellung nach nicht ohne weiteres den Schritt zur allgemeinen Arbeiterbewegung machen, denn diese ist... so einseitig verstandesmäßig und materialistisch gerichtet, daß sie die in der Jugend vorhandenen irrationalen Regungen nicht befriedigen kann.“<sup>90</sup>

Im „Hofgeismarkreis“<sup>91</sup> wurde das nach der Ruhrbesetzung 1923 noch verstärkte Interesse an einer Klärung der Begriffe Volk, Staat und Nation aufgegriffen. Der Kreis hatte kein festes Programm, es wurden aber in etwa folgende Überlegungen angestellt: Sozialismus ist nicht allein historisch-ökonomisch abzuleiten, sondern ethisch (auch religiös) zu begründen; Sozialismus ist mehr als eine Frage des Wirtschaftssystems, nämlich die einer neuen Kultur; erforderlich ist die geistig-seelisch-ethische Erneuerung des „sozialistischen Gemeinschaftsmenschen“; damit muß schon vor „Ausbruch“ des Sozialismus, der nicht naturnotwendig eintreffen wird, begonnen werden. Staat und Nation sind endgültige Lebensformen, die durch den Sozialismus nicht aufgelöst werden; gerade Sozialisten brauchen für die „planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft“ vielmehr eine „Veredelung des Staates“; die „Nation“ im Sinne einer „nationalen Gemeinschaft“ wird erst durch eine (nichtkapitalistische) „soziale Volksgemeinschaft“ verwirklicht. Damit sollte u. a. die in der Praxis schon staatstragende und nationale Politik der Partei theoretisch untermauert werden, um der Rechtspropaganda kein „psychologisches Vakuum“ zu überlassen, aber auch, um das Bedürfnis nach einem „positiven Nationalbewußtsein“ in den eigenen Reihen zu befriedigen.<sup>92</sup>

Die Kieler Jungsozialisten<sup>93</sup> galten in der Auseinandersetzung zwischen „rechten Hofgeismarern“ und marxistischen „linken Hannoveranern“ als Stützpunkt der Hofgeismarer. Der Kieler August Rathmann gehörte dem informellen Vorstand an und gab das Organ „Schriften zur Zeit“ heraus.<sup>94</sup> Hermann Heller, der eigentliche Theoretiker des Kreises, hatte bis 1921 in Kiel Staatsrecht gelehrt. Den Hofgeismarern nahestehend war auch der Kieler Rechtsprofessor Gustav Radbruch, der sich intensiv um die Bildung der Arbeiterjugend bemühte.<sup>95</sup>

Bei vielen älteren Genossen, die Neuerungen – ob von links oder rechts, skeptisch gegenüberstanden – gab es eine abwartende Haltung. Dies mag auch durch den z. T. polemisch vorgebrachten Erneuerungsanspruch und durch den „jugendbewegten“ Lebensstil der „jungen Generation“ (vgl. Abs. SAJ) bedingt gewesen sein. Immerhin konnte sich bei der Wahl des Kieler Parteisekretärs 1928 mit Ernst Tessloff der Kandidat der „jüngeren Generation“ durchsetzen. Für eine gewisse Offenheit der Parteiführung spricht, daß Dr. Gustav Warburg, ein profiliertes Hofgeismarer, als Redakteur bei der „Volkszeitung“ eingestellt wurde.<sup>96</sup> Der aus den Kieler Jungsozialisten hervorgegangene Karl Meitmann wurde Unterbezirkssekretär.

<sup>90</sup> Zit. nach H. A. Winkler, Der Schein der Normalität (Vgl. Anm. 17), S. 365.

<sup>91</sup> Ein lose gefügter Kreis von Gesinnungsfreunden, der sich nach einem Jungsozialistentreffen 1923 in Hofgeismar gebildet hatte.

<sup>92</sup> H. A. Winkler, Der Schein der Normalität (Vgl. Anm. 16), S. 369. Aus dieser Haltung beteiligten sich auch Kieler Jungsozialisten (Meitmann, Rathmann) am Abstimmungskampf über die deutsch-dänische Grenze 1919/20. Das Stauning-Wels-Abkommen vom November 1923, mit dem sich die deutschen und dänischen Sozialdemokraten für den Fortbestand der durch die Abstimmung entstandenen Grenze entschieden, stieß in Teilen der Partei zunächst auf Unverständnis. In den folgenden Jahren entwickelte sich jedoch auf allen Ebenen der Arbeiterbewegung ein enger Kontakt zwischen Deutschen und Dänen. (z. B. SHVZ 13. 7. 1924 und 4. 6. 1932; FLVZ 21. 8. 1928 und 2. 8. 1932)

<sup>93</sup> Es gab „in den größeren Orten“ Schleswig-Holsteins weitere Ortsgruppen. Der Schwerpunkt bei der geistigen und kulturellen Arbeit mag bewirkt haben, daß die Jungsozialisten – wie sie selbst feststellten – keine „in die Breite gehende und dadurch zur Verflechtung verurteilte Bewegung“ waren. Tätigkeitsbericht 1925/26 (Vgl. Anm. 7)

<sup>94</sup> August Rathmann, (wie Anm. 50).

<sup>95</sup> Gustav Radbruch, Kulturlehre des Sozialismus, Berlin 1922.

<sup>96</sup> H. A. Winkler, Der Schein der Normalität (Vgl. Anm. 17), S. 375; F. W. Witt, (wie Anm. 50), S. 109.



Die Parteiorganisation für die 14–18jährigen (seit 1927 bis 20jährigen) war die SAJ. Charakteristisch für viele Jugendliche, die nach dem Krieg zur SAJ kamen, war ihr Bildungshunger<sup>97</sup>. Als Volksschüler, die sie als Arbeiterkinder in der Regel waren, ohnehin benachteiligt, mußten sie während des Krieges noch zusätzlich verschlechterte Unterrichtsbedingungen hinnehmen. Den großen Nachholbedarf zu befriedigen, wurde in der Arbeiterjugend unter Mithilfe von Jungsozialisten<sup>98</sup> und vieler Professoren enorm viel geleistet. Mit dem Bildungshunger verband sich ein besonderer Kulturenthusiasmus (Natur, Musik, Theater, Tanz), die Vorstellung, in einer „Volks- oder Gemeinschaftskultur“ den „Neuen Menschen“ zu formen.<sup>99</sup> Unübersehbar war auch eine Verwandtschaft mit der bürgerlichen „freideutschen“ Jugend, die sich z. T. in der Kleidung („Schillerkragen“), dem hohen Stellenwert von Wanderungen, Volksliedern und Volkstänzen, der Ablehnung von Nikotin und Alkohol und in romantischer Schwärmerei äußerte.<sup>100</sup> Den Älteren in der Partei war dieser Lebensstil fremd. Im Gegensatz zur bürgerlichen Jugend war für die SAJ das mit den Älteren gemeinsam angestrebte Ziel des Sozialismus wichtiger als der Generationskonflikt. Die Arbeit in der Partei hatte einen hohen Stellenwert: Betreuung von Falkengruppen, Mitgestaltung von SPD-Veranstaltungen (mit den Jungsozialisten), Hilfen im Wahlkampf. Zudem kam seit Mitte der Zwanziger Jahre ein mehr politischer Zug in die Arbeit der SAJ. Langsamer als die Partei hatte man sich von den Mitgliederverlusten der Inflationszeit erholt<sup>101</sup>, Selbstkritik erwachte (1926) und: „unter die romantische Epoche der Arbeiterjugendbewegung wurde entschlossen ein Schlußstrich gezogen. . .“ Man gab die mit der Gewerkschaft 1920 vereinbarte Schwerpunktsetzung bei der Kulturarbeit auf und wollte sich auch dem „Kampf für Jugendschutz und Jugendrecht“ zuwenden. Das Ziel war:

„Erziehung eines geistig klaren . . . und von tiefer sozialistischer Gesinnung erfüllten Nachwuchses der Arbeiterklasse, d. h. Formung des jungen Menschen zu einem tüchtigen Staats- und Weltbürger!“<sup>102</sup>

Die Organisation nahm in der Phase des Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus wieder einen Aufschwung: die Anzahl der Ortsgruppen konnte von 27 (1930)<sup>103</sup> auf 38 (März 1932) erhöht werden, wie der Bezirksvorsitzende der SAJ, Gustav Schatz aus Kiel, auf dem Bezirksparteitag im April 1932 in Rendsburg bekanntgab.

Erst in der Weimarer Republik wurde das Netz der sozialdemokratischen Organisationen so ausgeweitet, daß es die gesamte Lebensdauer „von der Wiege bis zur Bahre“ umspannte. Dabei war die Bewegung der Kinderfreunde einer der wichtigsten Neuansätze. Nach Anfängen in Österreich (1908) wurde die Idee nach dem Krieg zunächst in Berlin durch Kurt Löwenstein aufgegriffen und unter maßgeblicher Mitwirkung der Kieler Kinderfreunde weiterentwickelt. Hier ist besonders das Experiment der ersten „Kinderrepublik“ 1927 in See-

## Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ)

<sup>97</sup> Sehr anschaulich die Berichte der Zeitzeugen Albert Witte (Vors. der Kieler SAJ 1927–33) und Karl Rickers (Redakteur der SHVZ seit 1926): Albert Witte, Jungsozialisten 1922, Kiel, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte, 4 (1987), S. 11–16; Karl Rickers, (wie Anm. 79).

<sup>98</sup> Häufig genannt wird Wilhelm Kuklinski, Jugendsekretär 1921–1925, vgl. Tab. 8, der „kein Organisationsmensch war, aber ein großartiger Vordenker“ (J. B.). Der Bezirksvorstand war wegen der Mitgliederentwicklung nicht zufrieden mit ihm. In der SHVZ wurde er einmal als „Problematischer“ bezeichnet (SHVZ 8.5.1926). Kuklinski war von 1946–1949 „Volksbildungsminister“ in Schleswig-Holstein.

<sup>99</sup> G. Radbruch, (wie Anm. 95), S. 49 f.

<sup>100</sup> Norbert Holtz, „Zwischen Marx und Wandervogel“. Zur Geschichte der SAJ in Altona und Hamburg (1918–25), in: Das andere Altona hrsg. v. A. Sywottek, Hamburg 1984, S. 103–122.

<sup>101</sup> Die SAJ litt unter der Konkurrenz der Jugendorganisationen von Gewerkschaft, Arbeitersport und Reichsbanner.

<sup>102</sup> Tätigkeitsbericht 1927/28 (Vgl. Anm. 7)

<sup>103</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 14 (Zeitschrift „Die Neue Jugend“, Nr. 12, 1930): im Dez. 1930 wurden SAJ-Veranstaltungen angekündigt in: Flensburg, Schleswig, Husum, Tönning, Groß-Kiel, Neumünster, Tungendorf, Bordschholm, Eckernförde, Groß-Rendsburg, Elmschenshagen, Klausdorf/Schw., Preetz, Rönfeldholz, Lütjenburg, Elmshorn, Itzehoe, Pinneberg, Burg/Dithm., Glückstadt, Kellinghusen, Ratzeburg, Mölln, Lauenburg, Bad Oldesloe, Schwarzenbek, Segeberg.

## Falken und Kinderfreunde



Kieler Falken beteiligten sich im August 1932 an einem Zeltlager auf der kleinen Ochseninsel in der Flensburger Förde. Mit der dänischen Kinderfreundorganisation veranstalteten sie eine Kundgebung bei Sonderburg (Dänemark) in der Düppeler Brückenkopfschanze (aus: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 9. 08. 1932).

<sup>104</sup> Ida Hinz, Die Kinderrepublik Seekamp, in: Andreas Gayk und seine Zeit, 1893–1954. Erinnerungen an den Kieler Oberbürgermeister hrsg. v. J. Jensen und K. Rickers, Neumünster, 1974, S. 151 f.; Herma Esser, Erinnerungen an die Kinderrepublik Seekamp, in: Vergessen und Verdrängt (Vgl. Anm. 15), S. 69 f.

<sup>105</sup> Andreas Gayk, Die rote Kinderrepublik, Berlin 1929 (2. Aufl.), S. 70. Gayk hielt das für einen schwierigen Prozeß, bei dem man den Kindern die Probleme nicht aus dem Weg räumen dürfe. Er erhoffte sich „ein neues Heldentum, das Heldentum des Arbeiters an der neuen Gesellschaft, des sozialistischen Funktionärs“. (Zit. nach Ida Hinz, (wie Anm. 104). Vgl. den Beitrag von Rolf Schulte in diesem Band.

<sup>106</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 14, Andreas Gayk, Sozialistische Erziehungsarbeit in Kiel, in: Sozialistische Erziehungs- und Wohlfahrtsarbeit, hrsg. v. AG für sozialistische Erziehungsorganisation für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel 1925.

kamp<sup>104</sup> bei Kiel zu nennen, deren Initiator und Organisator der damalige Redakteur der SHVZ und Kieler Stadtverordnete Andreas Gayk war. Seekamp wurde Modell für zahlreiche Kinderrepubliken auch im Ausland mit Tausenden von Kindern.<sup>105</sup>

Die Kinderrepubliken wurden im Rahmen von Jahresprogrammen vorbereitet und ausgewertet, daneben standen Spiel und Sport, Wanderbetrieb, Laienspiel, Musizieren und Basteln auf der Tagesordnung. Die erwachsenen Helfer („Kinderfreunde“) waren zumeist jüngere Pädagogen und Mitglieder aus SAJ, Jungsozialisten und SPD, die zum Teil selbst vorher „Falken“ waren. Diese gliederten sich in „Nestfalken“ (8–10 Jahre), „Jungfalken“ (10–12) und „Rote Falken“ (12–14). Man legte auch großen Wert auf Kontakt zu den Eltern, um sie „für die sozialistischen Erziehungsideale zu gewinnen“. Denn, so stellte Andreas Gayk 1925 fest, „auf keinem Gebiet ist die Arbeiterschaft mehr in bürgerlichen Vorurteilen befangen als auf dem der Erziehung“.

Der Anstoß zur Kinderfreundearbeit war in Schleswig-Holstein von den Kieler Jungsozialisten ausgegangen, die mit einem Volksfest die Kinder in den Mittelpunkt der Maifeier 1921 stellten.<sup>106</sup> 1922 leisteten drei Ortsgruppen „sozialistische Erziehungsarbeit“, 1926 gab es „Falken“ in Kiel, Altona, Wandsbek, Eidelstedt, Pinneberg, Elmshorn, Neumünster, Rendsburg, Büdelsdorf und Flensburg.<sup>107</sup> Ende 1931 hat sich die Arbeit auf 47 Ortsgruppen mit rund 3000 Falken ausgeweitet. In dem Jahr waren neue Gruppen in Brunsbüttelkoog, Meldorf, Segeberg, Lütjenburg, Kappeln und Nortorf entstanden.

Für 1932 plante man unter der Parole „Heran an die Landjugend“ einen weiteren Ausbau der Organisation. Werbenden Charakter sollten fünf kleinere „Rote Zeltlager“ und Werbefahrten mit Kindertreffen („Rote Kindertage“) in fünf Orten haben<sup>108</sup>

<sup>107</sup> Tätigkeitsbericht 1925/26 (Vgl. Anm. 7).

<sup>108</sup> LAS, Abt. 384 I, Nr. 14, Jahresarbeitsplan des Kinderfreundebezirks Schleswig-Holstein für 1932.

„Der Stolz der Gesamtpartei“? Jedenfalls gehörte der Bezirksverband Schleswig-Holstein nicht zu den „grauen Mäusen“ der Partei mit seinem hohen Organisationsgrad und relativ guten Wahlergebnissen; mit Parteisekretären, die wohl nur zum Teil in die gängigen Klischees zu pressen sind; mit einer auf Reichsebene nicht unbedeutenden Rolle bei den Jungsozialisten und Kinderfreunden; und profilierten Politikern wie z. B. Gustav Radbruch und Louise Schroeder.

Das alles bewahrte nicht davor, daß der Nationalsozialismus sich durchsetzen konnte, und dies in Schleswig-Holstein besonders früh. Meine These: man kann der Sozialdemokratie, die als einzige Partei bis zuletzt konsequent für die Republik eintrat, die Verantwortung dafür nicht aufbürden. Wohl war die SPD von der Struktur, dem Selbstverständnis und den politischen Konzepten her – das zeigt auch dieser Aufsatz für Schleswig-Holstein – eine Partei der Arbeiterklasse geblieben. Es fehlte an politisch-konzeptioneller Kraft, die über den Rand der Arbeiterklasse hinauswirkte. Dies erschwerte sicher die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der seine Ansatzpunkte bei bäuerlichen und gewerblich-mittelständischen Schichten fand. Gerade deshalb wäre eine Zusammenar-

## VI. Schlußbemerkungen

*Die Kieler SPD richtete den Parteitag auf Reichsebene im Mai 1927 aus. Auf dem Foto haben sich Sozialdemokraten zum Empfang des Parteivorstandes am Bahnhof aufgestellt. Die Organisation des Parteitages fand in der Parteiöffentlichkeit ein hervorragendes Echo. Mit der Kinderrepublik Seekamp im August 1927 erregte die Kieler Partei ein weiteres Mal großes Aufsehen.*



*Immer für die Republik eingetreten, obwohl es schwer fiel, sich mit dem Staat von Weimar zu identifizieren: Gewerkschaftler und Sozialdemokraten mit republikanischen Abzeichen an den Mützen, Kiel auf dem Wilhelmplatz 1929 – RS.*



beit mit demokratischen bürgerlichen Parteien notwendig gewesen. Die SPD war – auch in Schleswig-Holstein – zu einer solchen Zusammenarbeit bereit, sah sich aber frühzeitig isoliert<sup>109</sup> und fand im nach rechts abgewanderten Bürgertum keine hinreichend starken Partner mehr.<sup>110</sup>

<sup>109</sup> R. Rietzler, (wie Anm. 9), S. 281 ff., 290, 325, 327.

<sup>110</sup> Im Gauvorstand des Reichsbanner waren zwar die Vorsitzenden der Staatspartei (vorher DDP) und des katholischen Zentrum vertreten. Sie repräsentierten aber 1930 nur noch ganze 5,7% der Wähler, von denen vermutlich nur ein geringer Teil im Reichsbanner aktiv war. LAS, Abt. 384 I, Nr. 30, Gauvorstands-Protokollbuch des Reichsbanner 1926–1932.

Quellen und Literatur sind im allgemeinen in den Anmerkungen verzeichnet.

Für biographische Daten wurde ferner benutzt:

Handbuch der Provinz Schleswig-Holstein 1925, 1927, 1929  
(Hrsg.) Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, Handbuch des  
Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge, Berlin 1927

Franz Osterroth, Biographisches Lexikon des Sozialismus.  
Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960

Tätigkeitsberichte 1925–1928 (Vgl. Anm. 6)

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (insbesondere die Be-  
richte über die Bezirksparteitage)

Die häufig erwähnten Bezirksparteitage sind im Text nicht  
nachgewiesen worden. Bis auf 1919 (Vgl. Anm. 6) liegen keine  
Parteitagberichte des Bezirksvorstandes vor. Es gab aber je-  
weils recht ausführliche Berichte in der SHVZ.

Tagungstermine und -orte der Bezirksparteitage (vollständig):

29. 12. 1918	Kiel	27./28. 09. 1925	Schleswig
13./14. 07. 1919	Kiel	25./26. 06. 1927	Oldesloe
07./08. 11. 1920	Kiel	06. 04. 1928	Kiel
20./21. 11. 1921	Altona	06./07. 10. 1929	Eutin
15. 10. 1922	Neumünster	17. 08. 1930	Kiel
30./31. 03. 1924	Kiel	03. 04. 1932	Rendsburg
01./03. 11. 1924	Kiel	16. 10. 1932	Neumünster

*Interview:* Wichtige Hinweise verdanke ich Julius Breden-  
beck, 1930–33 Versammlungsredner für SPD und Reichsban-  
ner, den ich am 4. 12. 1987 in Kiel interviewen durfte.

Abkürzungen:

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie Bonn
ADGB	Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund
AWO	Arbeiterwohlfahrt
DG	Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbe- wegung und Demokratie in Schleswig-Holstein.
DLV	Deutscher Landarbeiterverband
FLVZ	Flensburger Volkszeitung
J. B.	Julius Bredenbeck (Vgl. „Interview“)
LAS	Landesarchiv Schleswig
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SHVZ	Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

